

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
(1 BvR 1728/19)**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 28.Aug.2019

**Neue Verfassungsbeschwerde
wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft)
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von
Pfändungsschutz-Konto und erhöhter Justizkostenbelastung,
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Daher**

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

mit Bezug zur **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005

und wegen Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren an einem

Sondergericht mit dem

Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

Albin L. Ockl, Dipl.-Ing., Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
(Beschwerdeführer, Zerschlagungsopfer mit Opferdiskriminierung und Opferkriminalisierung)

Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegericht zu Amtsgericht Velbert:

16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu sofortiger Beschwerde, wegen Unterdrückung aller Schadenersatzverfahren am Landgericht und wegen Vollstreckung von Kosten sofortiger Beschwerden am Oberlandesgericht mit Doppelbeschluss vom 25.Juli 2019 (eingegangen am 03.Aug.2019) zur gleichzeitigen Zurückweisung von Anhörungsrüge und Ablehnungsgesuch vor richterlicher Neubesetzung der 16.Zivilkammer

Orgie von Opfer kriminalisierenden Verfahren in 2019 unter maßgebender Beteiligung der Vollstreckungsrichterin am Amtsgericht Velbert, Opfer werden bis zur Vollstreckung und darüber hinaus kriminalisiert (Sieh 16 M 122/19 gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 16.08.2019, AR 5271/19), Vollstreckung wird vor dem zugehörigen Gerichtsverfahren ausgeführt und danach im zugehörigen Gerichtsverfahren vom Landgericht bestätigt!

Aktenzeichen 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert

Aktenzeichen 16 T 194/18 Landgericht Wuppertal

mit verfassungswidriger Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
mit Todesopfer, mit Sippenhaft, mit kapitalen Vermögensschäden

Begründung der Verfassungsbeschwerde

wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge

Kriminelle Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufzudecken. Seit 2010:

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt:

Von Klagen über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Klagen über politisch motivierte Sippenzerschlagung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aus 1 Klage an Verwaltungsgerichten

werden 2 Klagen am Landgericht Wuppertal:

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

So nicht: Trotz Prozesskostenhilfe, trotz totaler Unterdrückung von Schadenersatzverfahren mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu den Klagen gegen das Bundeskanzleramt, trotz erdrückender Beweislage:

> Hier: Zwangseintreibung von Gerichtskosten zu den

Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerde-Instanz zu den

Klagen politisch motivierter Sippenzerschlagung (Zerschlagung 1 und 2) am Landgericht Wuppertal

Fortsetzung der Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit zunehmender Verfassungswidrigkeit wegen Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Sippenhaft,

mit Kostenberechnungen für Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,

mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem

Pfändungsschutz-Konto, mit zusätzlicher Kostenbelastung durch Schadenersatzverfahren und Opferkriminalisierungsverfahren.

Verantwortlicher Einzelrichter weg-befördert, nachrückende Richter

ahnungslos trotz Vorlage einer erdrückenden Beweislast in Gerichtsverfahren seit 2010.

BVERFG-22. Gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft, über 20 Jahre bitteres Unrecht, unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
- > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**

unter Mitverantwortung der Mittäter

- > **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
- > **Bayerische Verwaltung am Geburtsort mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung**
- > **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen Scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens**
- > **mit Nachrichtensperre**
- > **mit Rundfunksperre**
- > **mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)**

BVERFG-23. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich: Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet. Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt Opferkriminalisierung: Sozialgerichte kriminalisieren Justizopfer zum Täter Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckung von Gerichtskosten**

BVERFG-24. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierung durch Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einer staatsanwaltschaftlichen Orgie Opfer diskriminierender und kriminalisierender Gerichtsverfahren **Opfer kriminalisierende Verfahren mit Todesopfer und Sippenhaft ohne Schadenersatz Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beiladung der Mittäter und mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

**BVERFG-25. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

**unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,**

**Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von
Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019.**

Von Umverteilung und Zerschlagung

zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz

**zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod
(Todesopfer),**

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .

zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

**Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik
mit Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und
Hetzjagd bis in den Tod nachhaltig abgesichert**

**BVERFG-26. Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von
rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und**

**mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe
nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)**

Daher mehrfach verfassungswidrig:

**Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit
Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz (hier)**

**Antragswiederholung auf ein Sondergericht für Klage auf Rehabilitierung
und Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung,**

> weil im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal

"politisch motivierte Sippenzerschlagung" nicht zu finden

**> weil für "weg-beförderten Einzelrichter" die Nicht-Auffindbarkeit von
"politisch motivierter Sippenzerschlagung" im gesamten**

Landgericht nicht erklärbar ist,

**> weil das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort
und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und**

Justizsperre über eine

**gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik nachhaltig ausgeführt**

**> weil das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in
rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal**

nachvollziehbar sehr begrenzt ist

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

**Zu BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge
Kriminelle Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft seit 1998 gegen eine Berliner Mauer
des Schweigens scheinbar aufzudecken. Seit 2010:
Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt:
Von Klagen über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 zu Klagen über politisch motivierte Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Aus 1 Klage an Verwaltungsgerichten
werden 2 Klagen am Landgericht Wuppertal:
> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)
> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)
So nicht: Trotz Prozesskostenhilfe, trotz totaler Unterdrückung von
Schadenersatzverfahren mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu
den Klagen gegen das Bundeskanzleramt, trotz erdrückender Beweislage:
> Hier: Zwangseintreibung von Gerichtskosten zu den
Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerde-
Instanz zu den
Klagen politisch motivierter Sippenzerschlagung (Zerschlagung 1 und 2)
am Landgericht Wuppertal
Fortsetzung der Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des
Landgerichts Wuppertal mit zunehmender Verfassungswidrigkeit
wegen Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Sippenhaft,
mit Kostenberechnungen für Unterdrückung von Schadenersatzverfahren
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem
Pfändungsschutz-Konto, mit zusätzlicher Kostenbelastung durch
Schadenersatzverfahren und Opferkriminalisierungsverfahren.
Verantwortlicher Einzelrichter weg-befördert, nachrückende Richter
ahnungslos trotz Vorlage einer erdrückenden Beweislast in
Gerichtsverfahren seit 2010.**

Die angegriffenen Hoheitsakte in chronologischer Folge sind:

**Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender
Doppelbeschluss 16 T 194/18 (Anlage VB-02)**

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 25.Juli 2019

VB-02a. Zurückweisung der **Anhörungsrüge** vom 25.Feb.2019 gegen
den Beschluss des Landgerichts vom 18.01.2019 durch Einzelrichter
Mielke (eingegangen am 13.Feb.2019)

VB-02b. Verwerfung des **Ablehnungsgesuchs** vom 25.Feb.2019 gegen
Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO (seit
25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

**Opfer kriminalisierender Beschluss 16 T 194/18 ohne Hinweis des
Einzelrichters auf Verlassen des Landgerichts (Anlage VB-04)**

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 18.Jan.2019 (eingegangen
am 13.Feb.2019) durch Einzelrichter Mielke (seit 25.Jan.2019 Präsident des
Landgerichts Mönchengladbach)

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 26.07.2018
(Anlage LGAG-2018/07-2)

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28. Juni 2018
(Anlage LGAG-2018/07)

Skandalös:

Alle Beschwerdeverfahren an der 16. Zivilkammer und zugehörige Beschlüsse am Amtsgericht Velbert sind Opfer kriminalisierend, indem sie dadurch verursacht sind,

dass **Schadenersatzverfahren** zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit kapitalen Schäden am Landgericht Wuppertal bis heute **unterdrückt werden**,
dass nur Opferkriminalisierungsverfahren wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutz-Konto zugelassen werden. Zu staatlich erzwungener Altersarmut hinzu kommt eine zusätzliche Kostenbelastung durch außergerichtliche Kosten und durch Kosten für Zwangsmassnahmen im Zuge von Opfer-Kriminalisierungsverfahren.

Bis heute werden die Klagen auf Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenerschlagung **von einer politischen Justiz** am Landgericht Wuppertal unterdrückt. Der ordentliche Rechtsweg gemäß Art. 34 GG sollte politische Justiz ausschließen. Am Verwaltungsgericht Berlin wurde im Dezember 2014 gerade deswegen die Abtrennung der Schadenersatzverfahren vollzogen und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Am Landgericht jedoch wurde politische Justiz mit Opferkriminalisierung anstatt ordentlicher Gerichtsverfahren fortgesetzt.

Die Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung wurden schon in 2011 erhoben und dauern bis heute an:

> Klage-Erhebung mit Schriftsatz vom 11.03.2011 am

Verwaltungsgericht Köln (1 K 15330/11)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> Klage-Verweisung an das **Verwaltungsgericht Berlin** (VG 27 K 66.11)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

> Erneute Klage-Erhebung mit Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung mit Schriftsatz vom 15.06.2014 am

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 3968/14)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 3)

mit Kapitel 23 (später eigenes Verfahren **2 O 163/16** am Landgericht)

Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach:

Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt. Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und

Verwaltungsgericht Regensburg: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 79)

> Klage-Verweisung an das **Verwaltungsgericht Berlin** und Fortsetzung der Klage mit Schriftsatz vom 31.10.2014 einschl. **Kapitel 23** (Bayerische Verwaltungsjustiz . . ., VG 27 K 308.14)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 45 / 79)

> Abtrennung des Schadenersatz-Verfahrens VG 27 K 496.14 und Verweisung an das Landgericht Wuppertal: Ordentlicher Rechtsweg laut Art.34 GG.

> Erneute Klage-Erhebung am **Landgericht Wuppertal** mit Schriftsatz vom 30.03.2015 (2 O 70/15), mit Prozesskostenhilfe inklusive **Kapitel LG-10** (daraus später eigenes Verfahren **2 O 163/16** am Landgericht).

Wegen politisch motivierter Zerschlagung: Ohnmacht des Klägers vor **Bayerischer Verwaltungsjustiz** in Regensburg, München und Ansbach Verweigerung des Berufungsverfahrens durch

Bayerischen Verwaltungsgerichtshof trotz nachgewiesener Rechtsbeugung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung, gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und des Verlustes eines Menschenlebens (Bruder des Klägers).

Keine Aussicht auf anwaltliche Unterstützung wegen verheerender Folgewirkungen durch politisch motivierte Zerschlagung des Klägers Untätigkeit des Generalbundesanwalts trotz Strafanzeige des Klägers wegen Rechtsbeugung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 1 / page 41)

> Separate Klage-Erhebung gegen Bayerische Verwaltung (2 O 163/16, Mittäter / Zerschlagung 2) gemäß Kapitel LG-10 (2 O 70/15, Zerschlagung 1) **am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 1 / page 50)

Unterdrückung der Klagen auf Schadenersatz (2 O 70/15, 2 O 163/16):

Sieh Anlage VB-10 / Anlage VB-11 > > >

Anlage VB-10 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30. Mai 2019

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15

(Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13. Aug. 2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10. Aug. 2017).

Anlage VB-11 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30. Mai 2019

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit

> Schriftsatz vom 02. Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> **Schriftsatz vom 25.Sept. 2017** (2 Seiten Übersicht)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>
Scroll down after link (page 41)
> **Schriftsatz vom 18.Sept. 2017** (3 Seiten Übersicht)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>
Scroll down after link (page 50)

Hier im Beschwerdeverfahren 16 T 194/18: Von der Vollstreckungsrichterin am Amtsgericht Velbert wurde nach Unterdrückung der Klagen auf Schadenersatz (2 O 70/15, 2 O 163/16) die **Vollstreckung der Gerichtskosten** am Beschwerdegericht (Oberlandesgericht Düsseldorf) trotz Prozesskostenhilfe zu den Schadenersatzverfahren **vorgezogen** und erst danach der Vollstreckungsbeschluss mit Berechtigung zur sofortigen Beschwerde nachgereicht, ohne die sofortige Beschwerde wegen der Vollstreckung abzuwarten und zu beachten.

Es geht um die Vollstreckung der **Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am Oberlandesgericht Düsseldorf mit erbärmlicher Untätigkeit zu verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal (Sippenhaft)** von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal) und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal) Vorschriftsmäßig und termingerecht wurden mehrere Verfassungsbeschwerden nach den Beschlüssen des Oberlandesgerichtes eingereicht:

Sieh oben **Anlage VB-11**

Sieh **Anlage VB-07**

Beschlüsse des Oberlandesgerichtes Düsseldorf zu

Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am Oberlandesgericht Düsseldorf mit Untätigkeit zu verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal (Sippenhaft)

von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal) und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

"Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst"

Beide Beschlüsse des Oberlandesgerichtes enden mit der Feststellung: Eine

Kostenentscheidung ist nicht veranlasst. Kosten werden aber vollstreckt, weil mit Verfassungsbeschwerden diese Beschlüsse mit erbärmlicher

Begründung bekämpft wurden und werden,

weil die Beschlüsse Grundlage der Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu kapitalen Schäden sind und

weil damit alle Opferkriminalisierungsverfahren im Gerichtsbezirk des

Landgerichtes Wuppertal ohne Perspektive auf ein Ende begründet sind.

Die Umsetzung einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Todesopfer und mit Sippenhaft seit 1998 ist das Werk skrupelloser Staatsanwälte mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt

Zu BVERFG-22. Gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft, über 20 Jahre bitteres Unrecht, unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
- > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**

unter Mitverantwortung der Mittäter

- > **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
- > **Bayerische Verwaltung am Geburtsort mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung**
- > **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen**

Scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens

- > **mit Nachrichtensperre**
- > **mit Rundfunksperre**
- > **mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)**

> Wenn ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa zerschlagen wird, um eine **Umverteilung von der Digital-Branche zugunsten der Automobil-Branche in Abstimmung mit Gewerkschaften nachhaltig durchzudrücken (Zerschlagung 1, Bundestagswahl 1998),**

- > wenn seit 1998 parallel eine **Kommunalwahl als ländliche Volksjustiz gegen den Bruder des Zerschlagungsopfers aus Zerschlagung 1 missbraucht** wird und dieser mit einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd in den Tod getrieben wird (2012) und sein Anwesen in eine Zerschlagungs-Ruine verwandelt wird (**Zerschlagung 2**),
- > wenn der **öffentlich-rechtliche Rundfunk sich parallel an Zerschlagung 1 und zusätzlich mit Rundfunksperre beteiligt**, um daraus Vorteile zu ziehen (**Zerschlagung 3**),
- > wenn eine so erzwungene Altersarmut des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto für Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung (**Zerschlagung 4**) und für psychische Zerschlagung (**Zerschlagung 5**) missbraucht wird,
- > wenn Zerschlagung 1 bis Zerschlagung 5, scheinbarweise gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, als **politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Opfer-Kriminalisierung der Zerschlagungsopfer, als Werk einer weisungsgebundenen, bundesweit agierenden, skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft** aufgedeckt wird, dann ist längst Handlungsbedarf für und nicht gegen das Kriminalisierungsoffer.

Die kriminellen Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 sind gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbarweise aufzudecken. Bis heute sind vorgeschrieben: Nachrichtensperre, Rundfunksperre und offensichtlich auch Vorgaben für eine politische Justiz (Versagung von rechtlichem Gehör). Alle Gerichtsverfahren spiegeln den laufenden Erkenntnisstand des Zerschlagungsopfers wieder. Wahrheit muss scheinbarweise erarbeitet werden. Mutmaßlich sind der Amtsinhaber des Bundespräsidenten und die Bundeskanzlerin direkt in die Zerschlagung involviert.

Das Zerschlagungsoffer hat mit Instanz abschließender Anhörungsrüge und mit Ablehnungsgesuch gegen den verantwortlichen Einzelrichter (ohne Wissen von seinem Wechsel an das Landgericht Mönchengladbach) die Vorgänge mit Schriftsatz vom 25.Feb.2019 und den Kapiteln 08-10 bestmöglich beschrieben:
Sich **Anlage VB-03**

Schriftsatz vom 25.Feb.2019 an das Landgericht Wuppertal mit Einspruch gegen den Beschluss vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO mit Antrag auf Rückerstattung zu paralleler Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto mit Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO mit gerichtlichem Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Kapitel 08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer in 2012 und mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsoffer und einzigen Rechtsnachfolgers des verstorbenen Zerschlagungsoffer bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort, mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht Wuppertal getoppt

trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa als einziger Grund politisch motivierter Zerschlagungen

Kapitel 09. Gigantische Branchenverteilungs- und Zerschlagungspolitik:

*Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung, mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe
nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Kein Weiter so*

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!

Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt

gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt

23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8

Mit heimtückischer Branchenumverteilungspolitik und

perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit

extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer

Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,

soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.

Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt:

Mauer des Schweigens seit 1998

Kapitel 10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Gerichtsverfahren
Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers

Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf Immunitätsaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des Bundespräsidenten

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Eine Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ist unvermeidbar, weil die kriminellen Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufzudecken sind. **Bis heute sind nachweislich vorgegeben:**

Nachrichtensperre, Rundfunk Sperre und offensichtlich auch Vorgaben für eine politische Justiz (Versagung von rechtlichem Gehör).

Nicht nur das Zerschlagungsopfer, **sondern ganz Deutschland hat ein Recht auf vollständige Aufklärung.**

Zu BVERFG-23. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich: Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet.

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt
Opferkriminalisierung: Sozialgerichte kriminalisieren Justizopfer zum Täter
Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort

Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckung von Gerichtskosten

Der Beklagte ist das noch lebende Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Dies ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 **verdecken diese Vorgänge. Kein Weiter so!**

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 5 wehrt sich seit 2010 gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Sippenhaft

auf Anraten des deutschen Bundespräsidenten

und mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des jetzigen Amtsinhabers wegen direkter Beteiligung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

nach Petition an den Deutschen Bundestags in 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

nach 2 Petitionen an den Bayerischen Landtag

(letzte Petition vom 16.05.2010)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Trotz aller juristischer Anstrengungen konnte das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 5 bis heute nicht verhindern, dass es zum

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems gemacht wurde: So funktioniert das teuflische Unrechtssystem (Herrschaft des Unrechts):

Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das **Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:**

Das Justizopfer beklagt

die totale Zerschlagung seiner Identität und seiner Heimat:

Das Zerschlagungsopfer ist stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung war es gezwungen, das Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in sein Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen, jederzeit einsehbar. Niemand außer ihm war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sieh

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Das Zerschlagungsopfer hat mit dieser Weltklasse-Höchstleistung das Fundament der heutigen Digital-Branche gelegt. Dies wird tot geschwiegen mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Es ist eine teuflische Zerschlagung seiner Identität, tot geschwiegen mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre.

Die Rundfunksperre wurde von ARD-Redakteuren schriftlich zugegeben.

Das Zerschlagungsopfer hat seit Nov.2018 besonders zeitintensive Verfahren gegen den Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit besonderer Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft zu bearbeiten:

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Weitere Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>

Das Zerschlagungsopfer wird von der Staatsanwaltschaft mit einer Orgie Opfer kriminalisierender Gerichtsverfahren überzogen und, wenn und weil die Zeit für die Bearbeitung in einem Gerichtsverfahren nicht mehr ausreicht, mit "bestandskräftigen Bußgeldern" abgestraft. Diese kriminalisierenden **Staatsanwälte, die verantwortlich sind für politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat**, haben keine Skrupel, mit Androhung von Haftbefehlen u.a.m. derartige "Bußgelder" zu vollstrecken, ohne dass eine Beschwerde das Landgericht, geschweige denn das Bundesverfassungsgericht erreicht.

Sieh **Anlage VB-09**

Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019 Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren**

**Zu BVERFG-24. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019
wegen Opferkriminalisierung durch Fortsetzung der politisch
motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer
Zerschlagung
mit einer staatsanwaltschaftlichen Orgie Opfer diskriminierender und
kriminalisierender Gerichtsverfahren
**Opfer kriminalisierende Verfahren mit Todesopfer und Sippenhaft ohne
Schadenersatz**
**Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und
Schadenersatz mit Beiladung der Mittäter und
mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln über Opfer kriminalisierende
Verfahren und Sippenhaft ohne Schadenersatz sind übertragbar:
Kapitel BVERFG-11(23). Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge zu
Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer, Enteignung ohne Schadenersatz bis zu
Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu
öffentlicher Rehabilitierung wegen totaler Enteignung durch eine kriminelle
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ohne Schadenersatz
**trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.**
Hier: Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch eine klagende
Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
in Kumpanei mit der Staatsanwaltschaft,
mit einer hasskriminellen Orgie diskriminierender Gerichtsverfahren unter
staatsanwaltschaftlicher Steuerung
Widerstand mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland inkl.
2 Anhörungsprüfungen und 2 Ablehnungsgesuche nach Art.20 Abs.4 GG.

Kapitel BVERFG-12(23). 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne
Schadenersatz unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
Heimtückische Ausführung von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer am Wohnort
und am Geburtsort
mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft
mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz und Rehabilitierung
mit gnadenloser Opferkriminalisierungsjustiz, in Kumpanei mit skrupellosen
Staatsanwaltschaften, unter Mittäterschaft
von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung,
von öffentlich-rechtlichem Rundfunk,
von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

Kapitel BVERFG-13(23). Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5): Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung

Kapitel BVERFG-14(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!

Skandalös: Verfassungswidrige Rechtsprechung am

Landgericht Wuppertal:

Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.

Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen

Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier:

massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG,

Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG

Zugelassen: Nur Verfahren der Zerschlagungsjustiz, keine Chance auf

Schadenersatz entgegen Art. 34 GG, massive Enteignung ohne

Schadenersatz,

ohne Respekt vor Menschenleben, Grundrechten, grundrechtsgleichen

Rechten, Europäischen Menschenrechten . .

Kapitel BVERFG-15(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. auch für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und

Menschenrechten sind verfassungswidrig!

Skandalös: Aufteilung der sozialen und psychischen Zerschlagung

(Zerschlagungen 4 und 5) auf eine diskriminierende Orgie von

Gerichtsverfahren

an einer Reihe von Gerichten im Gerichtsbezirk Wuppertal und

Düsseldorf mit perverser Rechtsprechung:

Verfassungswidrige Kombination von bürgerlichem Rechtsstreit, sozialgerichtlicher Justiz und Ordnungswidrigkeitsverfahren mit wiederholter Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychischer Folter, Missbrauch von Staatsgewalt mit und ohne kriminellen Haftbefehl, mit eskalierender Verhöhnung des Grundgesetzes ("Art.1 Abs.1 GG: "Grundrecht auf Gefangennahme") . . .
unter Verantwortung des klagenden Versicherungsträgers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
Daher: **Antrag auf Sondergericht zu Zerschlagung 1, 2, 3, 4, 5 mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Zeugenaussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wegen seiner politischen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes von 1999-2005**
für die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)

Kapitel BVERFG-16(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten. Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!
Skandalös: Justiz macht sich selbst zum Fake mit geplanter Entsorgung des Justizopfers über das Amtsgericht Velbert mit diskriminierender Reduzierung sozialer und psychischer Zerschlagung auf einen "bürgerlichen" Rechtsstreit ohne judikativer Kompetenz für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Kapitel BVERFG-17(23). 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten nach Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag

wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit Beiladung der beklagten Mittäter inkl. staatsanwaltschaftlicher Unterstützung
> 1.Mittäter, Zerschlagung 2: Bayerische Kreisverwaltung im Landkreis Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung
> 2.Mittäter, Zerschlagung 3: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks
> 3.Mittäter, Zerschlagung 4 und 5: Beklagter Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen in Kumpanei mit Staatsanwaltschaft Wuppertal, ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

**Zu BVERFG-25. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

**unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren
gegen das Zerschlagungsopfer in 2019.**

Von Umverteilung und Zerschlagung

zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz

zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .

zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

**Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik mit
Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den
Tod nachhaltig abgesichert**

Opferkriminalisierung heißt, das Opfer wird verantwortlich gemacht für
**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungsjustiz unter der Verantwortung der
regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können.**

Eine skrupellose Justiz verschanzt sich hinter Rechtskraft,

Bestandskraft und "Wer-weiß-noch-Kraft", obwohl jede

Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten,

**grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten
überhaupt keine Kraft hat.**

Opferkriminalisierung ist Hauptthema der Verfassungsbeschwerde
vom 30.Mai 2019.

**Politische Justiz ist nicht mehr in der Lage, Schuld und Unrecht zu
bewerten. Hasskriminelle Zwangsjustiz im Gerichtsbezirk nicht mehr zu
überbieten. Hilfestellung ist notwendig.**

Sieh **Anlage VB-09**

**Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren
gegen das Zerschlagungsopfer in 2019** wie bei Verfassungsbeschwerde

1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019

Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit

Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige

Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren wie mit

beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b. Sieh auch

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 mit Anlage VB-01 /

Anlage LGW-2019-18: Diskriminierender Bußgeldbescheid des

Amtsgerichtes Mettmann vom 02.04.2019

mit Zusendung durch Staatsanwaltschaft in einer Orgie von

diskriminierenden Gerichtsverfahren, die vom diskriminierten

Zerschlagungsopfer wegen eingeschränkter Leistungsfähigkeit im

vorgerücktem Rentenalter nicht mehr beantwortet werden können

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht mehr respektiert werden, mit 1 Satz inkl. Schreibfehler.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24. Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>
Scroll down after link (page 38)

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von

>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg

gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren mit dem Unterschied, dass sich die NS-Justiz auf ein Ermächtigungsgesetz, legal zustande gekommen, abstützen konnte, während die vergleichbaren Notstandsgesetze heute nur in Notstand-Situationen nach legaler Einsetzung angewendet werden dürfen.

Jede Rechtsanwendung hat keinerlei Rechtskraft, wenn Grundrechte und Europäische Menschenrechte des Beklagten nicht respektiert werden, hier mit "Füßen getreten" werden.

Opferkriminalisierung in verschiedenen Variationen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> Beschwerdeverfahren an der 16. Zivilkammer nach Vollstreckung durch Amtsgericht Velbert und anschließende Zulassung einer sofortigen Beschwerde (hier)

> Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann und hasskriminelle Vollstreckung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit 2-fachen Zwangsgeldzuschlägen durch Staatsanwaltschaft und Obergerichtsvollzieherin **nach 09 Jahren Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

gegen das Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Klagen hin- und hergeschoben, rum- und abgeschoben und unterdrückt
Hasskriminelle Zwangsjustiz nicht mehr zu überbieten.

Alle Beschwerdeverfahren der 16. Zivilkammer resultieren aus

21 Jahren kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungsjustiz

unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können,

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von

>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg

gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren und gerade bei ihm und seiner Sippe andauern: Anlage VB-09 (6 Seiten) liegt auch beim Bundesverfassungsgericht vor, jetzt als **Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019:**

Die Opfer einer politisch motivierten Sippenzerschlagung, einschließlich von 2 Todesopfern

Zweimal politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel

> das NS-Opfer in 1945 (Vater, obwohl vom Kriegsdienst befreit),

> das Zerschlagungsoffer einer Volksjustiz der NS-Nachfolge-Generation mit einer staatsanwaltschaftlich gesteuerten Treib- und

Hetzjagd bis in den Tod in 2012 (Bruder) und

> das noch lebende Zerschlagungsoffer (Unterzeichner)

haben alle ein herausragendes Lebenswerk, sogar mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in und für Deutschland und Europa vorzuweisen und waren keine Regime-Gegner seit 1998, wohl aber Regime-Gegner seit 1932.

Das Zerschlagungsoffer und seine Sippe hatten auch ein NS-Opfer, das nie Hitler-Fan gewesen ist wie Graf von Stauffenberg.

Die Väter der Schuldigen seit 1998 (Zerschlagung 2 am

Geburtsort) waren NSDAP-Parteimitglieder. Der Bruder des Zerschlagungsoffers wurde von der nachfolgenden Generation dieser NSDAP-Parteimitglieder mit Unterstützung durch skrupellose

Staatsanwälte seit 1998 in den Tod getrieben. Sein Unternehmen und sein Anwesen wurde in eine Zerschlagungsruine verwandelt. Kein Weiter so! Erdrückendes Beweismaterial wurde in der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Nachweis der Sippenzerschlagung seit 1998 angeliefert.

Opfer-Kriminalisierung war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um Regime-Gegner des Nationalsozialismus zu erledigen. Das

lebende Zerschlagungsoffer war 3 Jahre alt, als **Graf von**

Stauffenberg sein Hitler-Attentat im Führerhauptquartier

"Wolfsschanze" ausgeführt hat. Dabei waren **Graf von**

Stauffenberg und seine Helfer nicht die einzigen, die sich gegen die Nationalsozialisten auflehnten: Widerstand kam aus allen sozialen Schichten und fast allen politischen Richtungen.

Sieh Verfassungsbeschwerde Seite 26.

Sippenhaft war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um einen besonders hohen psychologischen Druck auf die Zerschlagungsoffer auszuüben.

Heimtückische Sippenhaft (sieh Zerschlagung 1 + 2), Heimtücke

scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, ist eine kriminelle Steigerung gegenüber der NS-Justiz.

Der Vergleich mit der NS-Justiz ist unvermeidbar, um die Schwere dieser Kriminalität aufzudecken, bewusst zu machen und die tatsächlichen Zusammenhänge herzustellen.

NS-Justiz war in 1945 am Ende. Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Opferkriminalisierung und Sippenhaft leider nicht, weil mit der Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde.

Hasskriminelle Spitzenleistung mit Heimtücke seit 1998:

Weisungsgebundene Staatsanwälte waren informiert,

die Richter waren willfährige Handlanger einer kriminellen Umverteilungspolitik,

Opfer war(en) ahnungslos und musste scheinweise die Wahrheit gegen

Nachrichtensperre, Rundfunkperre und Justizperre in jahrelangen

Justizverfahren erarbeiten

Zu BVERFG-26. Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)
Daher mehrfach verfassungswidrig:
Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz (hier)
Antragswiederholung auf ein Sondergericht für Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung,
> weil im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal "politisch motivierte Sippenzerschlagung" nicht einmal zu finden
> weil für "weg-beförderten Einzelrichter" die Nicht-Auffindbarkeit von "politisch motivierter Sippenzerschlagung" im gesamten Landgericht nicht erklärbar ist,
> weil das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik nachhaltig ausgeführt
> weil das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal nachvollziehbar sehr begrenzt ist

Das Landgericht Wuppertal, geschweige denn die Amtsgerichte im Gerichtsbezirk sind nicht mehr in der Lage, politisch motivierte Sippenzerschlagung mit dem geschuldeten Respekt vor Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten des Zerschlagungsopfers in rechtsstaatlichen Verfahren zu richten. Im Landgericht wird nur Zerschlagungsjustiz zugelassen,
eine Zerschlagungsjustiz, die überhaupt nicht notwendig wäre,
wenn der geschuldete Respekt vor Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten vorhanden wäre und die Schadenersatzverfahren in der 2.Zivilkammer nicht abgebrochen worden wären und
trotz aller Bemühungen des Zerschlagungsopfers;
trotz einer erdrückenden Beweislage nicht fortgesetzt werden konnten und können.

Das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird von der Staatsanwaltschaft Wuppertal wie ein Verbrecher ohne Rechte behandelt, mit wiederholter Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit Präsentationsfahrten des Opfers durch den Gerichtsbezirk nach Gefangennahme. Das ist Faktenlage.

Die verfassungswidrige Gerichtsstrategie im Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal

mit einer unerträglichen Diskriminierung und Kriminalisierung des Zerschlagungsopfers,

zum Schutz der staatlichen Täter, der öffentlich-rechtlichen Mittäter und der sozial-rechtlichen Mittäter sind die einzige Ursache für einen und

mit einem "Rattenschwanz von Gerichtsverfahren":

Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14 gegen die Bundesregierung (Bundeskanzleramt),

Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Mittäter, Zerschlagung 3),

Sozialgericht Düsseldorf (S39 P 231/12, S 39 P 19/19),

Amtsgerichte im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal seit 2011:

> **Amtsgericht Mettmann** mit diskriminierenden und kriminalisierenden Schikaniervorgängen seit 2011 unter dem Deckmantel von Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Missbrauch von Staatsgewalt und psychischer Folter,
> **Amtsgericht Velbert mit kriminalisierendem Vollstreckungsgericht** und der 16.Zivilkammer des Landgerichts als Beschwerdegericht einer Opferkriminalisierungsjustiz zu einer politisch motivierten Sippenerschlagung.

Trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wurde eine bundesweite, politisch motivierte Sippenerschlagung mit katastrophalen Auswirkungen in Gang gesetzt:
> mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
> mit kapitalen Vermögensschäden und
> mit einem "Rattenschwanz von Gerichtsverfahren"
> infolge der Mittäter (der staatlichen Täter, der öffentlich-rechtlichen Mittäter und der sozial-rechtlichen Mittäter) in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft und
> infolge des Opfer kriminalisierenden Missbrauchs deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung und
> infolge des Opfer kriminalisierenden Missbrauchs von Staatsgewalt für Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychische Folter
Kein Weiter so!

Darüber hinaus ist diese Verfassungsbeschwerde inzwischen auch verfassungsrechtlich mehrfach garantiert gemäß Art.93 Abs.1 Nr.4a GG:
Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in **Art. 20 Abs. 4, Art.33, Art.38, Art.101, Art.103** und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein.

Das Zerschlagungsopfer appelliert an die verantwortliche Justiz des deutschen Rechtsstaates und an den Deutschen Bundestag und beantragt entsprechend der Tragweite der Beschuldigungen und der involvierten Staatsorgane ein **Sondergericht mit rechtsstaatlichem Verfahren und mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Chef des Bundeskanzleramtes in 1999-2005 nach Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)**

Dem "weg-beförderten Einzelrichter", als Vizepräsident seit langem involviert in die verfassungswidrigen Vorgänge am Landgericht Wuppertal und heute Präsident des Landgerichts Mönchengladbach, ist aufgefallen, dass bis heute **im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal "politisch motivierte Sippenerschlagung" nicht einmal zu finden ist:**

Sieh **Anlage VB-04** (Seite 2)

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 T 194/18 ohne Hinweis auf Verlassen des Landgerichts

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) durch Einzelrichter Mielke (seit 25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Das Zerschlagungsopfer stellt sich die Frage: "Wie ist das möglich?"

Der Beklagte ist das noch lebende Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Dies ist das **Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998** unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Hier ist längst höchster Erklärungsbedarf!

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet. Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt.

Das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal ist nachvollziehbar sehr begrenzt.

Die Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz mit Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz ist schnellstmöglich rückgängig zu machen. Das Zerschlagungsopfer hat sich in jeder Phase gewehrt, ohne seine Zerschlagung verhindern zu können.

Wann wird endlich politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Opfer-Kriminalisierung und kapitalen Schäden überhaupt zur Kenntnis genommen?

Velbert, 28.Aug.2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen dieser Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-01 bis VB-11

Anlage VB-01

Schriftsatz vom 15.Aug.2019 mit Einspruch gegen Doppelbeschluss der 16.Zivilkammer vom 25.Juli 2019 nach Anhörungsrüge und Ablehnungsgesuch vom 25.Feb.2019

Fristgerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit einer Verfassungsbeschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil keine andere Abhilfe möglich:

11. Schriftsatz vom 25.Feb.2019 mit sofortiger Beschwerde nach Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Zerschlagung mit Sippenhaft am Landgericht, nach einer Serie von sofortigen Beschwerden, nach einer Zwangsmaßnahme in einer Orgie von Opferkriminalisierungs-Verfahren unter staatsanwaltlicher Koordination, in einer seit 1998 andauernden Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik u.v.a.m.

nach gleichzeitiger Zurückweisung von Ablehnungsgesuch und Anhörungsrüge ohne die Chance eines Einspruchs nach Anhörungsrüge vom 25.Feb.2019.

Daher Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit einer Verfassungsbeschwerde wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil seit 2010 keine andere Abhilfe möglich ist.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage VB-02

Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender Doppelbeschluss 16 T 194/18

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 25.Juli 2019

VB-02a. Zurückweisung der Anhörungsrüge vom 25.Feb.2019 gegen den Beschluss des Landgerichts vom 18.01.2019 durch Einzelrichter Mielke (eingegangen am 13.Feb.2019)

VB-02b. Verwerfung des Ablehnungsgesuchs vom 25.Feb.2019 gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO (seit 25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-03

Schriftsatz vom 25.Feb.2019 an das Landgericht Wuppertal mit Einspruch gegen den Beschluss vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

**mit Antrag auf Rückerstattung zu paralleler Zwangsmaßnahme auf
Pfändungsschutzkonto**

**mit Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts
Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO**

**mit gerichtlichem Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer in 2012 und mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer und einzigen Rechtsnachfolgers des verstorbenen Zerschlagungsopfer bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort, mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht Wuppertal getoppt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa als einziger Grund politisch motivierter Zerschlagungen

09. Gigantische Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik:
Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung, mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Kein Weiter so

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt
23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8
Mit heimtückischer Branchenumverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt: Mauer des Schweigens seit 1998

10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Gerichtsverfahren

Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers

Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf Immunitätsaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

mit den Anlagen LGAG-2019-01, LGAG-2019-02, LGAG-2019-03, LGAG-2019-04.

Anlage LGAG-2019-01

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5)

Anlage LGAG-2019-02

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Anlage von 23 Wahrheiten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Anlage LGAG-2019-03

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 18.April 2018 mit Zurückweisung vom 10.Mai 2018 und Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto vom 8.Aug.2018 und 04.Sept.2018

Anlage LGAG-2019-04

Schreiben von Richter am Landgericht Mielke vom 07.11.2014 (Az.3132E-2591) als Nachweis, dass der heutige Vizepräsident des Landgerichts Mielke bereits in die 1.Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erziehungshaft gegen das Zerschlagungsopfer involviert war als Beleg für Ablehnungsgesuch mit Nennung eines Grundes gemäß §44 Abs.4 ZPO

Anlage LGAG-2018/07-2 im Schriftsatz vom 05.Aug.2018

Anlage VB-04

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 T 194/18 ohne Hinweis auf Verlassen des Landgerichts

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) durch Einzelrichter Mielke (seit 25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-05

Schriftsatz vom 05.Aug.2018 an das Amtsgericht Velbert mit

Einspruch gegen den Beschluss vom 26.Juli 2018 (eingegangen am 31.07.2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO und

Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 (eingegangen am
05.07.2018) und Antrag auf unverzügliche Rücknahme der
Zwangsbmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank
07. Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 26.Juli 2018
wegen totaler Versagung
von rechtlichem Gehör nach §103 Abs.1 GG
zu extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter,
politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens,
mit kapitalen Vermögensschäden im Umfeld einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>
Scroll down after link (page 29)
Anlage LGAG-2018/07-2
Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 26.07.2018

Anlage VB-06

Schriftsatz vom 16.Juli 2018 an das Amtsgericht Velbert mit
Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 und Antrag auf
unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme auf
Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe
01. Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
politisch motivierter Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter**
Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
mit Zerschlagung der Heimat,
mit kapitalen Vermögensschäden
im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
02. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit
Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ist
Teil eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf
rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen
Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
„herrschenden“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und
Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Missbrauch von deutscher Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.

03. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert
mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

04. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert
mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
in krassem Widerspruch zu

> Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit herausragenden Persönlichkeiten als Zeugen:

Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

05. Seit 1997/1998 heimtückisch geplant und von Staatsanwälten bundesweit koordiniert:

Alle Indizien zeigen den eindeutigen Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung (Zerschlagung 1)
unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
Zurückweisung der Justizkostenforderungen aus Missbrauch der Justiz durch das Justizopfer nach Art.20 Abs.4 GG, weil die Justizkosten den Zerschlagungstätern in Rechnung zu stellen sind

06. Zurückweisung diskriminierender Justiz:

Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit

Justizkostenforderungen aus Missbrauch deutscher Justiz

Daher sofortige Beschwerde mit

Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme zur Durchsetzung mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss Deutschlands Problem längst erkannt und vorgetragen:

Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa muss bis heute den

Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem ertragen:

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge,**

mit Zerschlagung der Heimat,

mit kapitalen Vermögensschäden

im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

Antrag auf unverzügliche Einstellung aller Zwangsmassnahmen aus Missbrauch deutscher Justiz trotz laufender Gerichtsverfahren zu den beschriebenen Vorgängen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

mit **Anlage LGAG-2018/07**

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018

Anlage VB-07

Beschlüsse des Oberlandesgerichts Düsseldorf zu

Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am

Oberlandesgericht Düsseldorf mit Untätigkeit zu

verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal (Sippenhaft)

von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)

und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

"Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst"

Anlage VB-09

Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren

gegen das Zerschlagungsoffer in 2019 wie bei Verfassungsbeschwerde

1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019

Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit

Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige

Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren wie mit

beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b. Sieh auch

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 mit Anlage VB-01 /

Anlage LGW-2019-18: Diskriminierender Bußgeldbescheid des

Amtsgerichtes Mettmann vom 02.04.2019

mit Zusendung durch Staatsanwaltschaft in einer Orgie von diskriminierenden Gerichtsverfahren, die vom diskriminierten Zerschlagungsoffer wegen eingeschränkter Leistungsfähigkeit im vorgerücktem Rentenalter nicht mehr beantwortet werden können
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, mit 1 Satz inkl. Schreibfehler.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24. Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-10 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30. Mai 2019

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art. 34 GG im Schriftsatz vom 13. Aug. 2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10. Aug. 2017).

Anlage VB-11 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30. Mai 2019

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02. Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Okt. 2017

> **Schriftsatz vom 25. Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> Schriftsatz vom 18. Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
(AR 5888/19)**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 06.Jan.2020

**Neue Verfassungsbeschwerde
wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft)
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von
Pfändungsschutz-Konto und erhöhter Justizkostenbelastung,
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
**trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.****

Hier: Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde
gegen Beschluss 16 T 48/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
vom 12.12.2019 (eingegangen am 18.12.2019) gemäß Anlage 102 (Teil einer
Opferkriminalisierungswelle ohne Unterbrechung zur Weihnachtszeit)

Fortsetzung und direkte Bezugnahme auf
Verfassungsbeschwerde AR 5888/19 vom 28.Aug.2019
wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

unter Bezugnahme auf weitere Verfassungsbeschwerden

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019**

Beschwerde wegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung zu sozialer und psychischer Zerschlagung (hier Krankenversicherung) mit federführender Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft Wuppertal und mit Opferkriminalisierungsverfahren am Landgericht Wuppertal seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 vom 18.Dez. 2015**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17 vom 18.Feb. 2017**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan. 2018 ff. (AR 424/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

> **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 vom 11.Jan. 2016**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf>

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf>

> **Verfassungsbeschwerde AR 6582/19 vom 26.Sept. 2019**

Beschwerde wegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung zu sozialer und psychischer Zerschlagung (hier Pflegeversicherung) mit federführender Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft Wuppertal und Opferkriminalisierungsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf>

Albin L. Ockl, Dipl.-Ing., Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
(Beschwerdeführer, Zerschlagungsoffer mit verfassungswidriger Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung) gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten von der Staatsanwaltschaft Wuppertal, verantwortlich für Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft, vertreten von Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth, Gerichtsvollzieher-Zentrum am Stettiner Weg 26, 42549 Velbert
Beschwerdegegner, Mehrfach-Täter

Verfassungsbeschwerde gegen

16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal,

Beschwerdegericht zu Amtsgericht Velbert,

mit grobem Missbrauch von Rechtsbeschwerden zur Opferkriminalisierung nach Umdeutung von sofortigen Beschwerden

Aktenzeichen 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert

Aktenzeichen 16 T 194/18 Landgericht Wuppertal

mit verfassungswidriger Opferkriminalisierung im gesamten

Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

mit Todesopfer, mit Sippenhaft, mit kapitalen Vermögensschäden

Begründung der Verfassungsbeschwerde

wegen Verletzung von grundrechtsgleichen Rechten auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

BVERFG-101. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge
Opferkriminalisierungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft bei
Durchsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von
Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem
Deckmantel von Erziehungshaft
mit verfassungswidriger Doppelverfolgung des Zerschlagungsopfers
durch 2 Amtsgerichte im Zuge "gegenseitiger Gerichtshilfe"
mit Missbrauch von Staatsgewalt zur Fortsetzung des
Opferkriminalisierungswahnsinns mit Opferentmündigung u.v.a.m.
mit gerichtlicher Umdeutung von sofortigen Beschwerden in
Rechtsbeschwerden mit Leugnen von Zuständigkeit zur Faktenlage
Zerschlagungsopfer: an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann als
"Täter" inzwischen derart diskriminiert und stigmatisiert, dass eine
gerechte Justiz in diesem Gerichtsbezirk überhaupt nicht mehr möglich

BVERFG-102. Gigantische, heimtückische, kriminelle Umverteilungs-,
Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft,
über 20 Jahre bitteres Unrecht,
unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
> **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**
unter Mitverantwortung der Mittäter
> **Bayerische Verwaltung am Geburtsort / Landratsamt Tirschenreuth**
mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung
> **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
> **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen**
> **NRW-Verwaltung am Wohnort / Landratsamt Mettmann**
Scheibchenweise aufzudecken
gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens
> **mit Nachrichtensperre**
> **mit Rundfunksperre**
> **mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)**

BVERFG-103. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht
möglich > Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand
Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot
geschwiegen, entrechtet: mit Sippenhaft.
Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt
Opferkriminalisierung: Landgerichte und Sozialgerichte kriminalisieren das
Justizopfer zum Täter

Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort

Skrupellosigkeit ist steigerungsfähig: „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung im Zuge gegenseitiger Gerichtshilfe am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert

Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckungen von Gerichtskosten

BVERFG-104. 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Heimtückische Ausführung von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer am Wohnort und am Geburtsort

mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto

mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz und

mit gnadenloser Durchführung der Zerschlagungsjustiz

unter Mittäterschaft in Kumpanei mit skrupellosen Staatsanwaltschaften von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung, von öffentlich-rechtlichem Rundfunk,

von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9, Anlage 3.61 ff)

Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

BVERFG-105. Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung,

Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

**BVERFG-106. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten**

**Seit 1998: 22 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz**

10 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

**unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Opferkriminalisierungswahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal: Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren unter staatsanwaltlicher Federführung gegen das Zerschlagungsopfer .**

Von Umverteilung und Zerschlagung

**zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz
zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),**

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .

zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik mit Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod nachhaltig abgesichert

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

Scroll down after link (page 32)

**Zu BVERFG-101. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge
Opferkriminalisierungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft bei
Durchsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von
Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft
mit verfassungswidriger Doppelverfolgung des Zerschlagungsopfers
durch 2 Amtsgerichte im Zuge "gegenseitiger Gerichtshilfe"
mit Missbrauch von Staatsgewalt zur Fortsetzung des
Opferkriminalisierungswahnsinns mit Opferentmündigung u.v.a.m.
mit gerichtlicher Umdeutung von sofortigen Beschwerden in
Rechtsbeschwerden mit Leugnen von Zuständigkeit zur Faktenlage
Zerschlagungsoffer: an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann als
"Täter" inzwischen derart diskriminiert und stigmatisiert, dass eine
gerechte Justiz in diesem Gerichtsbezirk überhaupt nicht mehr möglich**

Die angegriffenen Hoheitsakte in chronologischer Folge sind:

Anlage VB-102

Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender
Beschluss 16 T 48/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
vom 12.12.2019 (eingegangen am 18.12.2019) nach Anhörungsrüge
vom 15.September 2019 gemäß Anlage VB-103

Anlage VB-104

Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender
Beschluss 16 T 48/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
vom 27.08.2019 nach sofortiger Beschwerde vom 30.Januar 2018 gemäß
Anlage VB-105

Anlage LG-1801

Verfassungswidriger Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom
15.Jan.2018: Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch
verfassungswidrige Doppelverfolgung

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:
Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver,
wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung
und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose
Staatsanwaltschaft

Anlage LG-1803 a

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016
zu Geldbuße von 180 € wegen **Verkehrsordnungswidrigkeit**, obwohl keine
Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

Anlage LG-1804 a

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom
22.12.2017: **Freiheitsberaubung** unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)
Das Zerschlagungsoffer verweist auf die Schriftsätze, mit denen ein kaum
vorstellbarer Opferkriminalisierungswahnsinn zurückgewiesen wurde:

Die Hoheitsakte wurden in folgenden Schriftsätzen angegriffen:

Anlage VB-103

Anhörungsrüge vom 15. September 2019 mit Einspruch und Anträgen gegen den Beschluss 16 T 48/18 vom 27.08.2019 (Anlage VB-104) zu sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28. Juni 2018

Einspruch mit den grundrechtsgleichen Rechten nach Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG

07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer, als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto, mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen Opferkriminalisierungsverfahren, mit Richterwechsel an der 16. Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend, Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16. Zivilkammer einschließlich Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind

Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28. Aug. 2019 wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen.

Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Mit verruchten Methoden der NS-Justiz:

Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden

Kein Weiter so!

Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1. Mittäter am Geburtsort, Bayerische Verwaltung)

09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage VB-105

**Schriftsatz vom 30. Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen
Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15. Jan. 2018
(eingegangen am 18. Jan. 2018, in Anlage LG-1801)**

mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen
Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
mit Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt

03. Justiz eines

teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems:

Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt)
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitation,

für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit
Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit
grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach
Art. 103 Abs. 1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein
einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflichen

Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit
Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit
grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach

Art. 103 Abs. 1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teufliches,
Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum

Justizopfer eines teuflichen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit

verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für

Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich

(2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem: Frontalangriff auf das Grundgesetz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>
Scroll down after link (page 8)
mit den Anlagen LG-1801, LG-1802, LG-1803a, LG-1803b, LG-1804a, LG-1804b, LG-1805a, LG-1805b

Der Beschwerdeführer hat den Beschluss des Einzelrichters vom 27.08.2019 **mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO im** Verfahren der Sofortigen Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 mit den Kapiteln 07 bis 09 zurückgewiesen

Der verantwortliche Einzelrichter vertritt die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal.

Ohne Respektierung in Rechtsanwendungen des Beschlusses:

Grundrechte, grundrechtsgleiche Rechte und Europäische Menschenrechte

Art.103 Abs.1 GG: Die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zeigt keinerlei Bereitschaft, das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör zu respektieren.

Art.20 Abs.4 GG : Die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zeigt keinerlei Bereitschaft, das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand zu respektieren, wenn andere Abhilfe nicht mehr möglich ist.

Das juristische Niveau dieses Gerichtsverfahrens am Landgericht Wuppertal hat eine rote Linie längst unterschritten, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK mit dem

Menschenrecht auf ein faires Verfahren definiert wird: Sieh

Art.6 EMRK, wird vom deutschen Grundgesetz voll umfänglich unterstützt, dies insbesondere in Verbindung mit den Freiheitsrechten (hier nach mehrfacher Freiheitsberaubung weiter bedroht mit verfassungswidrigen Haftbefehlen) und Art.1 Abs.1 GG

Einspruch gegen das Rubrum des Beschlusses:

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal, weisungsgebunden an das Bundeskanzleramt (in Vertretung der Bundesrepublik Deutschland), ist Mehrfach-Täter der politisch motivierten Sippenzerschlagung, verantwortlich für Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit Opferkriminalisierungsjustiz und mit Zielsetzung der Opferentmündigung, vertreten von Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth, Gerichtsvollzieher-Zentrum am Stettiner Weg 26, 42549 Velbert, , das mit rüder Androhung von Haftbefehlen staatsanwaltschaftliche "Gläubiger"-Forderungen auch ohne Klage durchsetzen will:

Perversität dieser Staatsjustiz nicht mehr zu überbieten, indem mit abwechselnden Gerichtsvollziehern des Gerichtsvollzieher-Zentrums Velbert skrupellos Zwangsmaßnahmen generiert werden, die nicht mehr abgewehrt werden können, weil das Opfer befürchten muss, dass es wegen Verletzung seiner Freiheitsrechte wichtige Gerichtstermine nicht mehr befolgen kann und so Versäumnisbeschlüsse wegen staatsanwaltschaftlichen Zwangsmaßnahmen hinnehmen muss. Perverser Opferkriminalisierungswahnsinn!

An diesem Landgericht Wuppertal werden seit 2016 nur noch Opferkriminalisierungsverfahren zugelassen: Sieh Kapitel 08 und Kapitel 09. **Politisch motivierte Sippenerschlagung**, Generationen übergreifend, ist das Werk skrupelloser, überregional tätiger Staatsanwaltschaften bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Das Zerschlagungsopfer hat dazu in der 2.Zivilkammer eine erdrückende Beweislage vorgelegt.

Opfer-Kriminalisierung und Sippenhaft sind verruchte Verfahren einer NS-Justiz mit Unterstützung durch ein Ermächtigungsgesetz, das mit Anwendung von Notstandsgesetzen in Kriegszeiten vergleichbar ist.

Am verantwortlichen Landgericht Wuppertal werden sofortige Beschwerden des Zerschlagungsopfers als Rechtsbeschwerden umgedeutet, weil es keine Verantwortung habe, mit einer Staatsanwaltschaft, die sich abwechselnd durch Obergerichtsvollzieherinnen aus dem Leistungszentrum Velbert vertreten lässt: **Ein Opferkriminalisierungswahnsinn**, der nicht einmal in der Weihnachtszeit ausgesetzt werden kann!

Das Zerschlagungsopfer ist an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann als Täter inzwischen derart diskriminiert und stigmatisiert, dass es überhaupt keine gerechte Justiz in diesem Gerichtsbezirk mehr erwarten kann:

Selbst zivile Sicherheit kann in diesem Gerichtsbezirk unter Verantwortung dieser Staatsanwaltschaft nicht mehr gewährleistet werden. Das Zerschlagungsopfer hat entsprechendes Beweismaterial in den Verfassungsbeschwerden vorgelegt. Die extreme Befangenheit im gesamten Gerichtsbezirk mit einer nicht mehr überwindbaren Taubheit bei Anhörungsrügen ist Faktenlage: Es gilt das Unrecht der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft, Grundrechte und Menschenrechte werden mit Füßen getreten.

Wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte bei Rechtsanwendungen nicht mehr respektiert werden, verlieren Rechtsanwendungen ihre Rechtskraft. **"Man muss Grundrechte nicht lieben, aber man muss sie respektieren"**, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Die erneute Anrufung des Bundesverfassungsgerichts ist hinreichend begründet. Das Umfeld politisch motivierter Sippenerschlagung ist entscheidungsrelevant.

Zu BVERFG-102. Gigantische, heimtückische, kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft, über 20 Jahre bitteres Unrecht, unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
- > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

unter Mitverantwortung der Mittäter

- > **Bayerische Verwaltung am Geburtsort / Landratsamt Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung**
- > **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
- > **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen**
- > **NRW-Verwaltung am Wohnort / Landratsamt Mettmann**

Scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens

- > **mit Nachrichtensperre**
- > **mit Rundfunksperre**
- > **mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)**

> **Wenn** ein herausragendes Lebenswerk des Beschwerdeführers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa zerschlagen wird, um eine Umverteilung von der Digital-Branche zugunsten der Automobil-Branche in Abstimmung mit Gewerkschaften durchzudrücken (**Zerschlagung 1**, Bundeskanzler / Bundeskanzlerin seit Bundestagswahl 1998),

> **wenn** parallel seit 1998 eine bayerische Kommunalwahl als ländliche Volksjustiz gegen den Bruder des Zerschlagungsopfers aus Zerschlagung 1 missbraucht wird, das Wahlergebnis anschließend von der Kreisverwaltung gegen ihn vollstreckt wird und dieser mit einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd im Zuge der Vollstreckung von der NS-Nachkommenschaft der lokalen NS-Generation unter Hitler in den Tod getrieben wird (2012) und sein Anwesen in eine Zerschlagungs-Ruine verwandelt wird (**Zerschlagung 2**, Mittäter: Bayerische Verwaltung / Landratsamt Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung),

> **wenn** der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich parallel, aktiv an Zerschlagung 1 und zusätzlich **mit Rundfunksperre** beteiligt, um daraus Vorteile für sich und für den Aufbau des neuen Fernsehsenders Phoenix (1997) zu ziehen (**Zerschlagung 3**, Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk),

> **wenn** nach Zerschlagung ansehnlicher Altersrücklagen (2010) eine so erzwungene Altersarmut des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto für Opfer-Kriminalisierung und soziale Zerschlagung missbraucht wird (**Zerschlagung 4**, Mittäter ehemaliger Versicherungsträger DEBEKA, unter Federführung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft) missbraucht wird und für Opfer-Kriminalisierung und psychische Zerschlagung mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (**Zerschlagung 5**, Mittäter NRW-Verwaltung / Landratsamt Mettmann unter Federführung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft in Kumpanei mit ehemaligen Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010) missbraucht wird,

> **wenn** Zerschlagung 1 bis Zerschlagung 5, scheibchenweise gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, als

politisch motivierte Sippenzerschlagung iVm

Opferkriminalisierungswahnsinn als das hasskriminelle Werk einer weisungsgebundenen, bundesweit agierenden, skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft aufgedeckt wird, **dann hat das Grundgesetz keine Chance mehr** und es ist längst Handlungsbedarf für das Bundesverfassungsgericht nach über 30 Verfassungsbeschwerden seit 2010 entsprechend gesetzlichen Regelungen für Ausnahmen gemäß **§90 Abs.2 Satz2 BVerfGG** sofortige Entscheidung angesagt:

Beweise 1 für Zerschlagung 1 mit abschließenden Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Beweise 2 für Zerschlagung 2 mit abschl. Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Beweise 3 für Zerschlagung 3 mit abschl. Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Beweise 4 für Zerschlagung 4 mit abschl. Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf>

Beweise 5 für Zerschlagung 5 mit abschl. Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Die kriminellen Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 sind gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufzudecken.

Berliner Mauer des Schweigens bis heute: Nachrichtensperre, Rundfunksperre und offensichtlich auch Vorgaben für eine politische Justiz (politisch motivierte Versagung von rechtlichem Gehör). Es ist naheliegend, dass ein großer Teil verfassungswidriger Aktivitäten noch nicht aufgedeckt ist. Alle Gerichtsverfahren spiegeln den laufenden Erkenntnisstand des Zerschlagungsopfers wieder. Wahrheit muss scheinbar erarbeitet werden. Mutmaßlich sind der Amtsinhaber des Deutschen Bundespräsidenten und die Bundeskanzlerin direkt in die Zerschlagung involviert. Niemand steht über dem Grundgesetz, auch nicht Bundespräsident und Bundeskanzlerin.

Das Zerschlagungsopfer hat mit Instanz abschließender Anhörungsrüge die Vorgänge im Schriftsatz vom **15. September 2019** mit den Kapiteln 07-09 bestmöglich beschrieben und weiterführende Anträge gestellt:

Sieh **Anlage VB-103**

Anhörungsrüge vom 15. September 2019 mit Einspruch und Anträgen gegen den Beschluss 16 T 48/18 vom 27.08.2019 (Anlage VB-104) zu sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28. Juni 2018

Einspruch mit den grundrechtsgleichen Rechten nach Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG

07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer, als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto, mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen Opferkriminalisierungsverfahren,

mit Richterwechsel an der 16. Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend, Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019 wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen. Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 Mit verruchten Methoden der NS-Justiz: Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden
Kein Weiter so!

Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter Sippenerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort, Bayerische Verwaltung)

09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

In der Verfassungsbeschwerde AR 5888/19 vom 28.Aug.2019

wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung, an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal bereits am 02.Sept.2019 per Post und per Fax zugestellt und mit Schriftsatz vom 10.Dez.2019 erweitert, wird auf 108 Seiten begründet:

Totale Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und ohne Respektierung des

grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) im Umfeld einer gigantischen

Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

Sieh Kapitel BVERFG-21, -22, -23, -24, -25, -26:

Kapitel **BVERFG-21**. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge

Kriminelle Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufzudecken. Seit 2010: Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt:

Von Klagen über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Klagen über politisch motivierte Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aus 1 Klage an Verwaltungsgerichten

werden 2 Klagen am Landgericht Wuppertal:

> Zerschlagung 1: **2 O 70/15** (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: **2 O 163/16** (Klage gegen 1. Mittäter am Geburtsort)

So nicht: Trotz Prozesskostenhilfe, trotz totaler Unterdrückung von Schadenersatzverfahren mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu den Klagen gegen das Bundeskanzleramt, trotz erdrückender Beweislage:

> Hier: Zwangseintreibung von Gerichtskosten zu den Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdeinstanz zu den

Klagen politisch motivierter Sippenzerschlagung (Zerschlagung 1 und 2) am Landgericht Wuppertal

Fortsetzung der Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit zunehmender Verfassungswidrigkeit wegen Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Sippenhaft, mit Kostenberechnungen für Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutz-Konto, mit zusätzlicher Kostenbelastung durch Schadenersatzverfahren und Opferkriminalisierungsverfahren. Verantwortlicher Einzelrichter weg-befördert, nachrückende Richter ahnungslos trotz Vorlage einer erdrückenden Beweislast in Gerichtsverfahren seit 2010

Kapitel **BVERFG-22**. Gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft,

über 20 Jahre bitteres Unrecht,

unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**

> **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**

unter Mitverantwortung der Mittäter

> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

> Bayerische Verwaltung am Geburtsort

mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung

> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen

Scheinbar aufzudecken

gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens

> mit Nachrichtensperre

> mit Rundfunksperre

> mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)

Kapitel **BVERFG-23**. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich: Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand
Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet.

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt

Opferkriminalisierung: Sozialgerichte kriminalisieren Justizopfer zum Täter

Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort

Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckung von Gerichtskosten

Kapitel **BVERFG-24**. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierung durch Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung

mit einer staatsanwaltschaftlichen Orgie Opfer diskriminierender und kriminalisierender Gerichtsverfahren

Opfer kriminalisierende Verfahren mit Todesopfer und Sippenhaft ohne Schadenersatz

Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beiladung der Mittäter und mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Kapitel **BVERFG-25**. **>75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg**

70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten

21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz

09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,

Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019.

Von Umverteilung und Zerschlagung

zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz

zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .

zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik mit Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod nachhaltig abgesichert

Kapitel **BVERFG-26**. Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)

Daher mehrfach verfassungswidrig:

Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz (hier)

Antragswiederholung auf ein Sondergericht für Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung,

> weil im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal "politisch motivierte Sippenzerschlagung" nicht zu finden

> weil für "weg-beförderten Einzelrichter" die Nicht-Auffindbarkeit von "politisch motivierter Sippenzerschlagung" im gesamten Landgericht nicht erklärbar ist,

> weil das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine

gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik nachhaltig ausgeführt,

> weil das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal nachvollziehbar sehr begrenzt ist.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

Eine Immunitätsaufhebung des

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ist unvermeidbar, weil die kriminellen Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufgedeckt werden mußten und weitere Vorgänge definitiv wahrheitsgemäß aufzudecken sind. **Bis heute sind nachweislich vorgegeben:**

Nachrichtensperre, Rundfunksperre und offensichtlich auch Vorgaben für eine politische Justiz (Versagung von rechtlichem Gehör).

Nicht nur das Zerschlagungsopfer,

sondern ganz Deutschland und Europa haben ein Recht auf vollständige Aufklärung. Der Rückstand in der Digitalisierung Deutschlands ist erklärbar (Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa) und hat erhebliche Auswirkungen für seine Zukunft, für seine Automobil-Branche in Verbindung mit dem weltweiten Klimawandel. Jede Verhinderung der wahrheitsgemäßen Aufklärung muss strafrechtliche Konsequenzen haben.

Zu BVERFG-103. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich > Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand
Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet: mit Sippenhaft.

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt

Opferkriminalisierung: Landgerichte und Sozialgerichte kriminalisieren das Justizopfer zum Täter

Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort

Skrupellosigkeit ist steigerungsfähig: „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung im Zuge gegenseitiger Gerichtshilfe am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert

Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckungen von Gerichtskosten

Der Beschwerdeführer ist das noch lebende Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Dies ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort
Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
verdecken diese Vorgänge. Kein Weiter so!

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 5 wehrt sich seit 2010 gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Sippenhaft

auf Anraten eines deutschen Bundespräsidenten

und mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des jetzigen Amtsinhabers wegen direkter Beteiligung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

nach Petition an den Deutschen Bundestag in 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

nach 2 Petitionen an den Bayerischen Landtag

(letzte Petition vom 16.05.2010)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Trotz aller juristischer Anstrengungen konnte das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 5 bis heute nicht verhindern, dass es zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems gemacht wurde.

Herrschaft des Unrechts: So funktioniert ein teuflisches Unrechtssystem

Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden gerichtlich abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das **Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen**: Mehr perverse Opferkriminalisierung geht nicht!

Wirklich? Doch, es geht.

Staatsanwalt zeigt, wie das geht: Sieh Kapitel 06 in der sofortigen Beschwerde vom 30. Januar 2018 an das Landgericht Wuppertal (Anlage VB-105)

Kapitel 06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert wurde.

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft

„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung

am > **Amtsgericht Mettmann** und am > **Amtsgericht Velbert**

zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:

Frontalangriff auf das Grundgesetz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8/22)

Das Justizopfer beklagt

die totale Zerschlagung seiner Identität, seiner Sippe und seiner Heimat:

Das Zerschlagungsoffer ist stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein

qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche

gelegt zu haben. Nach der Zerschlagung war es gezwungen, das Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in sein Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen, jederzeit einsehbar.

Niemand außer ihm war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Zu BVERFG-104. 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

Heimtückische Ausführung von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer am Wohnort und am Geburtsort

mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto

mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Versagung von rechtllichem Gehör für Schadenersatz und

mit gnadenloser Durchführung der Zerschlagungsjustiz

unter Mittäterschaft in Kumpanei mit skrupellosen Staatsanwaltschaften

von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung, von öffentlich-rechtllichem Rundfunk,

von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9, Anlage 3.61 ff)

Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund, einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:

Seine Vergangenheit

als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.

Das Zerschlagungsopfer hat den Bundespräsidenten in 2018 zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

Daher: Immunitätsaufhebung von

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

gerichtlich und beim Deutschen Bundestag beantragt:

beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und

beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und

beim Landgericht Wuppertal (3 O 61/19 und 16 T 194/18) und

beim Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P19/19) und

beim Deutschen Bundestag (15.Jan.2019)

in Kopie an das

Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)

mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und

mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie der Präsident des Bundesverfassungsgericht wurden persönlich und amtlich darüber informiert. Mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags wurde die Immunitätsaufhebung auch im Deutschen Bundestag beantragt: Sieh

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5)

> **Verfassungsbeschwerde AR 6582/19 vom 26.Sept. 2019**

Beschwerde wegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung zu sozialer und psychischer Zerschlagung (hier Pflegeversicherung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 11)

⊗ **Warum schweigt der deutsche Bundespräsident?**

23 Wahrheiten

gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens.

Es geht um seine Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 - 2005.

Frank Walter Steinmeier war Chef des Bundeskanzleramtes unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der Verfasser ist nicht nur Opfer einer politisch motivierten Zerschlagung im Zuge einer pervertierten Umverteilungspolitik, sondern diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippen-Zerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens infolge einer staatsanwaltschaftlichen Treib-/Hetzjagd bis in den Tod.

Dies ist das Werk einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft, die einen Weisungsgeber hat:

das beklagte Bundeskanzleramt, dessen Chef eine kriminelle Sippenzerschlagung seit 1998 nicht nur zugelassen hat, sondern mit der Sippenzerschlagung eine irreversible Tatsache schaffen wollte: **Bundesweite politisch motivierte Sippenzerschlagung** ist das Werk einer weisungsgebundenen, bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, die heute immer noch als Täter mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft trotz staatlich erzwungener Altersarmut staatliche Übergriffe mit Missbrauch von Staatsgewalt erzwingt

Der Beschwerdeführer ist nicht nur Opfer einer politisch motivierten Zerschlagung im Zuge einer pervertierten Umverteilungspolitik, sondern diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) nach einer staatlichen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012).

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu respektierenden Amt des Bundespräsidenten verstecken, wenn die Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist.

Nur die Wahrheit zählt für seine Vergangenheitsbewältigung

Wahrheit 01: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung der Zerschlagungsopfer mit **Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,** trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa:

Politisch motivierte Zerschlagungen sind das Ergebnis einer **heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)**

Wahrheit 02: Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.

Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war nur rechtswidrig, indem der Innovationsmarkt mit einer staatlichen **Kapitalabschöpfung von über 50 Mrd €** nachhaltig zerstört wurde, mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes durch massive Verstöße gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).

Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Sieh Presseinformation Nr.8 Seite 2.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Wahrheit 03: Die Eskalation zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist das Werk einer

skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe produziert:

> **Der Deutsche Bundespräsident schweigt**

> **Die Bundeskanzlerin schweigt**

> **Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt**

> **Der beklagte Freistaat Bayern schweigt**

> **Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,**

letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunksperrung festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer heimtückischen Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte verletzenden Zerschlagungspolitik.

Wahrheit 04: Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**

Erstes Schreiben vom 10.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zweites Schreiben vom 25.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen. > Das Zerschlagungsopfer:

"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag im Rahmen der Rehabilitierung beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder nach seiner Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz." **Frank-Walter Steinmeier schweigt**, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 nicht betreffen würden.

Wahrheit 05: Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger beschädigt, weil seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:

Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:

Seine Vergangenheit als

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig.

Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009. **Seitdem schweigt auch die Bundeskanzlerin.**

So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute.

Wahrheit 06: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und

Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000

Zerschlagungsziel: Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze,

in Abstimmung mit den Gewerkschaften (Gewerkschaften beklagten zu wenige Mitglieder in der IT-Branche),

in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)

Fortsetzung: Sieh Wahrheit 11.

Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft

Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel. Auch der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitierung und Schadenersatz sollte unterbunden werden.

Sieh Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin (Rehabilitierungsantrag bis heute ohne jede Chance).

Nachhaltige Durchsetzung mit Mauer des Schweigens seit 1998

über die verschwiegene Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute,

nachhaltig

mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung,

mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft,

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und

das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände (ISBN-nummeriert, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert, den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert und so ein

qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt:

Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung der ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater ohne Subventionen aufgebaut und in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung (Opferkriminalisierung und Sippenhaft)
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat

Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz/Bayern).

Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:

Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte mit Wissen der Bayerischen Landesregierung haben kooperiert mit krimineller Zerschlagungsarbeit. Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) ein Wahlkampfprojekt (Volksjustiz) umgesetzt wurde:

Eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes
in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen
Störfällen mit Rohrbrüchen (offensichtlich bewusst eingeplant),
in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit
qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und
Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion, Vertrieb über 40
EDEKA-Verkaufsstellen).

**Eine Kommunalwahl wurde als ländliche Volksjustiz gegen den
Bruder des Zerschlagungsopfers aus Zerschlagung 1 missbraucht**
und das Wahlergebnis von der Kreisverwaltung anschließend
vollstreckt: Mit einer mehrjährigen Treib- und Hetzjagd in den Tod
getrieben (2012) und sein Anwesen in eine Zerschlagungs-Ruine
verwandelt (Zerschlagung 2).

Zerschlagung 1 und Zerschlagung 2: Hasskriminelles Werk einer
skrupellosen Staatsanwaltschaft! Politisch motivierte Sippenhaft!

Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe.

**Ohne Grundrechte: Verlust eines nahe stehenden
Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale
Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
mehrfacher Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . .**

Politisch erzwungene Altersarmut, ausschließlich verursacht durch
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, das Werk bundesweit tätiger,
skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und
diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens

**Hasskriminelle Eskalation: Staatsanwälte, verantwortlich für
politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von
Erzwingungshaft**

> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel
Verwaltungsgericht Düsseldorf:

**Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den
öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet
auf**

Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger
Beteuerung des Zerschlagungsopfers, dass er Rundfunkgebühren
nicht beklagt.

> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel

Verwaltungsgericht Berlin: **Rehabilitierungsantrag für
professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution ohne Beantwortung bis heute!**

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf **50 Mio €** geschätzt.

Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf **38 Mio €** berechnet,

Berechnungen mit erdrückender Beweislage den
Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.

Zerschlagung 2: Sippenhaft mit Todesopfer, mit NS-Hintergrund, Verlust
eines Menschenlebens + Zerschlagungsruine unter Verantwortung der
regierenden Generation mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft,
alle Gerichtsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht wegen
posthumer Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute unterdrückt:

> > <http://www.damwild-ockl.de>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Wahrheit 11: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, war verantwortlich für die Durchsetzung einer gigantischen, mit Auto-Gewerkschaften heimlich abgestimmten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Sieh Wahrheit 06). Er hat die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE unter Missbrauch staatlicher Hoheitsakte heimtückisch, ohne Wissen des Zerschlagungsopfers, geplant und die verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffes infolge rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 missbräuchlich genutzt, um die vernichtende Zerschlagung der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (weltweit herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers) rücksichtslos durchzusetzen. **Warum?**

Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, mit Digital-Gipfel-Programm in Deutschland und Europa, sie waren als Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 eine **effektive Zerschlagungsmasse**, ihre Zerschlagung war der **Schlüssel zur Umverteilung** der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche

("Autokanzler" Gerhard Schröder als Macher, VW-Vorstand und IG Metall Gewerkschaftsmitglied Peter Hartz als Helfer).

Nach katastrophalen Einbruch im Innovationsbereich, nach Zerstörung des Innovationsmarktes der Digitalbranche unter den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (100 Mrd DM), **desaströs für die Digitalbranche und die gesamte Wirtschaft**, weil dem Monster-Markteingriff ruinöse Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft und für ihre Arbeitsplätze zwangsläufig folgten, **desaströs für den "Auto-Kanzler"**, der damit sein vorzeitiges Regierungsende herbeiführt hat,

desaströs für viele Arbeitnehmer(innen), die ohne ihr Verschulden ihren Arbeitsplatz verloren haben und mit HARTZ IV und Agenda 2010 dieses Desaster erleiden mußten,

desaströs für das Zerschlagungsopfer, weil sein Lebenswerk trotz Weltklasse-Höchstleistungen zerstört wurde und **eine nachfolgende Bundeskanzlerin** keine Staatshaftung und keinen Wiederaufbau trotz hervorragender Kompetenz des Zerschlagungsopfers zulassen wollte,

nur eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens, mit der die Umverteilung und Zerschlagung rücksichtslos erzwungen wurde,

in Abstimmung mit den Gewerkschaften (IG Metall, Ver.di / Deutsche Postgewerkschaft, zu wenige Gewerkschaftsmitglieder in der ITK-Branche),

in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit neuem Sendekanal Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen). Sieh neue Klage 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit Mai 2018:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

unter Verantwortung der regierenden Generation:

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Wahrheit 12: Gewerkschaften mehrfach in den VIP-Referaten der Europäischen Congressmessen ONLINE vertreten, u.a. mit Kurt van Haaren, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG, seit 2001 Ver.di):

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Kurt van Haaren, Vorsitzender des Hauptvorstandes 1982-2001, DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT (DPG), Frankfurt/Main, auf der ONLINE'93: "**Zukunft statt Ausverkauf! – Das Konzept der Deutschen Postgewerkschaft für die Reform der Deutschen Bundespost**"

Das Zerschlagungsoffer hatte ein gutes Verhältnis zu dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), sodass dieser sogar ein zweites Mal referierte

auf der ONLINE'98: "**Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt auf dem Prüfstand: Der Markt allein wird es nicht richten**".

Das Zerschlagungsoffer hat bewusst kritische Gewerkschaftsreferate in das Programm genommen, um eine qualifizierte Problemdiskussion zu unterstützen.

Kurt van Haaren hat die Umverteilung und Zerschlagung nicht mitgetragen, er hat sich in 2001 aus den Gewerkschaften zurückgezogen.

Peter Hartz, Mitglied der SPD und der IG Metall, war

nicht nur Namensgeber für die Arbeitsmarkt-Reform nach 2001 v.a. zugunsten der Automobilbranche (HARTZ-Konzept der Agenda 2010), sondern auch als VW-Personalvorstand bis Juli 2005 ein skrupelloser Ideen-Geber für den Autokanzler. Im November 2006 wurde von der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen ihn ein

Strafverfahren wegen Untreue als VW-Vorstand eröffnet und im Januar 2007 erfolgte **seine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe** von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe 576.000 € wegen **Veruntreuung von Firmengeldern in 44 Fällen u.a. zu**

Spesenmissbrauch, Prostitution, Lustreisen sowie Begünstigung/Schmiergeld-Zahlungen in Mio-Beträgen an den VW-Betriebsratsvorsitzenden.

Ver.di (zweitgrößte Gewerkschaft) entstand im März 2001 durch Zusammenschluss

von 5 Einzelgewerkschaften (DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV).

Verdi vertritt auch den Dienstleistungsbereich **Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung.**

IG Metall (größte Gewerkschaft) vertritt neben der Automobilbranche auch die **Informations- und Kommunikationstechnologiebranche.**

Die größte Verwaltungsstelle der IG Metall ist Wolfsburg mit dem VW-Konzernsitz und mit ständig steigenden Mitgliederzahlen.

Die Digitalbranche wurde auf beide Gewerkschaften aufgeteilt. Das bedeutet eine gewerkschaftliche Schwächung der Digitalbranche insbesondere gegenüber der Autobranche bei IG Metall, die sich unter der Schröder-Regierung 1998-2005 mit "**Autokanzler**" **Gerhard Schröder** in vollem Umfang durchgesetzt hat. Die Schwächung der Digitalbranche zugunsten der Autobranche war eine geheime **Vereinbarung der Gewerkschaften mit Autokanzler Gerhard Schröder**, die von der nachfolgenden **Bundeskanzlerin Angela Merkel** übernommen wurde.

Wahrheit 13: Europäische Congressmessen ONLINE sind die Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften

Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers waren ein Dorn im Auge der IG Metall,

weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde.

Ehemals: **Computer als "Job-Killer"** verteufelt oder linker Protest mit Unterbrechung im Plenum der ONLINE'84 in Berlin mit Trillerpfeifen, Betttuch-Schmierertexten und Sprech-Chören:

"Wir lassen uns nicht verarschen von Computer und Patriarschen"

während der Rede von

Dr.-Ing. Roland Mecklinger, Mitglied des Vorstandes, STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG, Stuttgart, auf der ONLINE '84 in

Berlin: Glasfaser - das Übertragungsmedium der Zukunft

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

Sieh durchschnittliches ITK-Branchenwachstum 1999: 12,2%, der Innovationsbereich hatte ein Wachstum von über 40%:

Der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine gesetzeswidrige Umverteilung hatte ein Ziel: Wachstum der Digitalbranche auf Kosten der Automobilbranche zu verhindern entgegen den Regulierungszielen im Telekommunikationsgesetz. Dies wurde durch verheerende Folgewirkungen aus einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erreicht, mit dem **das TKG (Telekommunikationsgesetz) ausgehebelt wurde.**

Sieh Wachstum und Beschäftigte der ITK-Branche: > > >

> > > <http://www.euro-online.de>

(Scroll down after link). In der Telekommunikation war die Zahl der Beschäftigten seit 2001 (nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000) viele Jahre rückläufig.

In der deutschen Telekommunikationsbranche wurden jährlich seit 2001 bis heute Tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das entsprechende Innovationswachstum ist nach Fernost und USA (Apple, Amazon, Google, Facebook & Co.) abgewandert.

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit, der **New Economy 2000**, in- und ausländische Kapitalgeber waren sogar Referenten und Aussteller auf der ONLINE, um einen möglichst schnellen Kontakt zu den Startups zu bekommen.

Einer heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier

ist es gelungen, durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die Kapitalgeber der "New Economy" in die Flucht zu schlagen und unter dieser deutschen Innovationselite, dem Haupt-Kundenstamm der Europäischen Congressmessen, einen

Unternehmens-Genozid zu veranstalten und nach 26 Jahren mit herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution das Ende der Congressmessen zu erzwingen.

Wahrheit 14: Dem Einfluss der Automobilbranche kann sich offensichtlich keine Bundesregierung mehr entziehen:

Globaler Abgas-Skandal in Verkaufsstrategie umgewandelt..

Nicht der deutsche Rechtsstaat, der US-amerikanische Rechtsstaat hat es geschafft, den globalen Abgas-Skandal deutscher Autobauer aufzudecken. US-amerikanische Digital-Unternehmen beherrschen den weltweiten Digitalmarkt und noch mehr,

nicht weil sie so gut sind, sondern

weil deutsche Autobauer mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der deutschen Bundesregierung das Innovationswachstum der deutschen Digital-Branche zerlegt und zertrümmert haben und zu einem globalen Klima-Verschmutzer aufgestiegen sind.

Mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde darüber hinaus das Telekommunikationsgesetz ausgehebelt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG, siehe Wahrheit 02).

Mit dem Monstermarkt-Eingriff wurde ein Unternehmens-Genozid im Innovationsmarkt mit der New Economy 2000 ausgelöst, Kapitalgeber wurden in die Flucht geschlagen, Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. hatten keine deutsche Konkurrenten mehr.

Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich.
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert) mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms eingestellt werden.

Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der Bundesregierung zur Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche.

Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen politisch motivierte **Sippenzerschlagung** (Sippenhaft), heimtückisch und nachhaltig von skrupelloser Staatsanwaltschaft umgesetzt.

Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CeBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Verlustausgleich in 3-stelliger Millionenhöhe in den Sand gesetzt. **CeBIT Aus und Ende in 2018**, weil ohne Innovationswachstum eine Weltmesse keine Chance hat.

Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe unter Verantwortung der Kreisverwaltung Mettmann wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Wahrheit 15: Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war heimtückisch, sollte nachhaltig und endgültig sein. Daher: Aktive Mauer des Schweigens zur heimtückischen Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998.

Rundfunksperrung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den "unterirdischen" Vorgängen bei der Durchsetzung der heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch, Rufmord, psychischer Folter als Leistungsnachweis einer bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, **Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod** (Todesopfer), kapitale Vermögensschäden. **Aufgrund der heimtückischen Zerschlagung** war das lebende Zerschlagungsopfer der irrtümlichen Überzeugung, dass selbst nach kostenbedingter Einstellung der Congressmessen in 2003 mit Unterstützung der Bundesregierung ein schneller Neustart im Messemarkt mit Sicherheit erwünscht war, um in Deutschland wieder den Anschluss an internationale Entwicklungen der digitalen Evolution zu schaffen.

Nachhaltige und endgültige Zerschlagung war jedoch heimtückische, eine für das Zerschlagungsopfer nicht vorstellbare Zielsetzung,

die mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft) umgesetzt wurde. Skrupellose Staatsanwälte haben ganze Arbeit bundesweit geleistet. Sieh Wahrheit 09 oben:

Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), totale Zerschlagung seiner deutschen Heimat, zweimal mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort.

Wahrheit 16: Heimtückische Zerschlagung

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance, nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes ohne jede Perspektive:

Zerschlagungsopfer eines teuflischen Unrechtssystems mit Opferkriminalisierung!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet mit Geheimabkommen von Autokanzler, Autovorstand und Autogewerkschaft.

Zweimal Rufmord mit einer Mauer des Schweigens, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung des Unrechts zur Herrschaft des Unrechts

Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmesse für digitale Evolution mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digitalbranche ist am Verwaltungsgericht Berlin längst und immer wieder beantragt, Rehabilitierungsantrag bis heute aber ohne Bescheidung.

Seit 2005: Eine Vielzahl qualifizierter Schriftsätze mit konkreten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin, im Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre: Ohne Beantwortung.

Die Bundeskanzlerin ist dafür verantwortlich.

Diskriminierung qualifizierter Ausarbeitung der Projektvorschläge gegen eine Mauer des Schweigens, gegen geheime Abmachungen mit den Gewerkschaften, die nach Abwahl der Schröder-Regierung von der Bundeskanzlerin Merkel bestätigt und übernommen wurden.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seit 2010 wegen staatlich erzwungener Altersarmut: **ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse**, seitdem ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunk Sperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist.

Wahrheit 17: Seit 2010 maßlose Pervertierung mit Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung und Opfer-Terrorisierung Von skrupelloser Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem diskriminierenden Deckmantel von Erzwingungshaft, mit perversem Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung trotz/wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, ohne jegliche Subvention, in Deutschland und Europa

> **Pervers:** Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen seit 2010 **soziale Pflichtbeiträge von Krankenversicherung und Pflegeversicherung nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung** in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.

> **Pervers:** Das Zerschlagungsopfer muss ein Pfändungsschutz-Konto benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe überstehen und überleben zu können

> **Pervers:** Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und gekontert mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtllichem Gehör und mit verfassungswidriger Vorenthaltung von rechtsanwaltlicher Unterstützung wie bei allen Verfahren am Bundesverwaltungsgericht, trotz anschließender Verfassungsbeschwerde.

Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der politisch motivierten Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist für qualifizierte Anwälte abschreckend, sondern vielmehr auch die aufgezwungene Verwicklung in Verfahren gegen die politische Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften.

> **Pervers:** Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe wird von skrupelloser Staatsanwaltschaft missbraucht zur Erzwingung einer Opferentmündigung (Ladung durch Obergerichtsvollzieherin zur Vermögensauskunft im Zuge eines Opferkriminalisierungswahnsinns unter Androhung eines Haftbefehls)

Wahrheit 18: Das Zerschlagungsoffer muss wiederholte

Freiheitsberaubung ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank in der JVA-Zelle ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten in der JVA nur unglaublich staunen (Missverständnis durch Nachfrage ausgeschlossen), alles unter dem Deckmantel von hasskrimineller Erzwingungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen "Verkehrsordnungswidrigkeit" durch die 1. Instanz begründet wurde. Polizisten verhöhn Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

Der Verfolgungs- und Opferkriminalisierungswahnsinn einer

skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sich **deutsche Justiz für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt und dies** im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden für das noch lebende Zerschlagungsoffer.

Weisungsgeber dieser Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier**, die Umsetzung der desaströsen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

Wahrheit 19: Längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes: Aktive Mauer des Schweigens

zu politisch motivierter Kumpanei zwischen heutigen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Gewerkschaftsspitzen und kriminellen Vorständen von Automobil-Branchenführern Mauer des Schweigens zu Exzessen einer kaum noch vorstellbaren Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung

Mauer des Schweigens verstößt gegen Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes, indem das Opfer auch noch lebenslang Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erbracht hat:

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gilt für alle deutschen Bürger, ohne Weltklasse-Höchstleistungen erbringen zu müssen, und ist kein Grundrecht auf Gefangennahme (Polizist anlässlich einer Zwangsmaßnahme mit Freiheitsberaubung).

Politisch motivierte Kumpanei, verdeckte Zusammenarbeit unter Verletzung von anerkannten Regeln oder Gesetzen, geheime Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler(in) und Auto-Gewerkschaften, hier eine Menschenrechte verletzende Politik gigantischer Umverteilung und perverser Zerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten, Bundesländer übergreifenden Sippenzerschlagung mit Todesopfer, mit dem noch lebenden Zerschlagungsopfer als einziger Rechtsnachfolger des Todesopfers, mit Zerschlagung der deutschen Heimat eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Generationen bis zum Westfälischen Frieden nach dem 30-jährigen Krieg in der nördlichen Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth) dokumentiert sind.

Der heutige Bundespräsident, der als Kanzleramtschef unter der Schröder-Regierung mit der Umsetzung einer "unterirdischen" Umverteilungspolitik für diesen Abgrund verantwortlich ist und auch keine Brücke bauen will, ist mit Recht zu einer öffentlichen Stellungnahme zu belangen.

Öffentliche Rehabilitierung mit Aufhebung der Rundfunksperre und Herstellung einer angemessenen Transparenz ist unverzichtbar. Diese Mauer des Schweigens zu öffnen und ihre Handlanger zur Verantwortung zu ziehen, ist eine **Aufgabe der deutschen Justiz**, um jahrelange Unterdrückung der Gerechtigkeit durch eine Herrschaft des Unrechts zu beseitigen.

Wahrheit 20: Herrschaft des Unrechts mit langjährigem Missbrauch des Rechtsstaates zur Durchsetzung des Unrechts unter Federführung von angewiesenen Staatsanwälten, unter Anweisung durch Bundeskanzleramt mit Verantwortung für hinterhältige, heimtückische, gnadenlose und kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden, mit Opferkriminalisierung und Sippenhaft seit 1998: Daher Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Rehabilitierung und Schadenersatz
Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Faktenlage und Rechtslage: Das regierungsfreundliche Grundgesetz ermöglicht sogar rechtsstaatliche Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und ohne Zerschlagungsopfer und ohne Justizopfer machen zu müssen.

Hinterhältig, heimtückisch, gnadenlos und kriminell ist die beschriebene Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, die ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und europäischen Menschenrechten, ohne Respektierung von Leben, Lebensleistung und Eigentum, unter Federführung skrupelloser Staatsanwälte mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt seit 1998 betrieben und erzwungen wird: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierung, mit Enteignung und Freiheitsberaubung, mit wirtschaftlicher, sozialer und psychischer Zerschlagung, Instrumente und Verfahren einer **verruchten NS-Justiz mit Ermächtigungsgesetz**.

Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher, vernetzter Internet-Dokumentation zu:

Politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe **mit Todesopfer, mit Rufmord, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden**

ist Gegenstand gerichtlicher Klagen in Berlin, in Bayern, in NRW und in Karlsruhe, seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Haupttäter) für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes,
wenn ein herausragendes Lebenswerk des Beschwerdeführers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa zerschlagen wird, um eine Umverteilung von der Digital-Branche zugunsten der Automobil-Branche in Abstimmung mit Gewerkschaften durchzudrücken (Bundeskanzler / Bundeskanzlerin seit Bundestagswahl 1998)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung,
wenn parallel seit 1998 eine bayerische Kommunalwahl als ländliche Volksjustiz gegen den Bruder des Zerschlagungsopfers aus Zerschlagung 1 missbraucht wird, das Wahlergebnis anschließend von der Kreisverwaltung Tirschenreuth gegen ihn vollstreckt wird und dieser mit einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd im Zuge der Vollstreckung von der **NS-Nachkommenschaft der lokalen NS-Generation unter Hitler** in den Tod getrieben wird (2012) und sein Anwesen in eine Zerschlagungs-Ruine verwandelt wird und die Treib- und Hetzjagd danach auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW fortgesetzt wird (Mittäter: Bayerische Verwaltung / Landratsamt Tirschenreuth, mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunk Sperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1, mit neuer Klage in 2018),
wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich parallel, aktiv an Zerschlagung 1 und zusätzlich mit Rundfunk Sperre beteiligt, um daraus Vorteile für sich und für den Aufbau des neuen Fernsehsenders Phoenix (seit 1997) zu ziehen (Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des ehemaligen Versicherungsträgers sozialer Pflichtversicherungen und unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaften,
wenn nach Zerschlagung ansehnlicher Altersrücklagen (2010) eine so erzwungene Altersarmut des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto für einen Opferkriminalisierungswahnsinn und soziale Zerschlagung missbraucht wird (Mittäter: ehemaliger Versicherungsträger DEBEKA ohne Versicherungsleistungen seit 2010)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf>

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung der NRW-Verwaltung und unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaften in Kumpanei mit ehemaligen Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010, **wenn** nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe und nach Zerschlagung ansehnlicher Altersrücklagen (2010) eine so erzwungene Altersarmut des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto für einen Opferkriminalisierungswahnsinn und psychische Zerschlagung mit Rufmord und mehrfacher Freiheitsberaubung missbraucht wird (Mittäter: NRW-Verwaltung / Landratsamt Mettmann unter Federführung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft in Kumpanei mit ehemaligem Versicherungsträger DEBEKA ohne Versicherungsleistungen seit 2010)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Wahrheit 21: Kapitale Vermögensschäden mit Zerschlagung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto
Politisch motivierte Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa und Aufbau eines Digital-Gipfel-Kongresses (vormals nationaler IT-Gipfel) unter Federführung der Bundesregierung trotz vieler Anschreiben an Bundeskanzlerin ohne Beantwortung
Nachhaltige Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort mit Sippenhaft bis zur Zerschlagungsruipe mit Treib- und Hetzjagd auf seinen Bruder bis in den Tod

Hinterhältig, heimtückisch, gnadenlos und kriminell ist die beschriebene Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, weil das Zerschlagungsopfer ein herausragendes Lebenswerk vorweisen konnte:

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, die mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert haben und so ein **qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche** gelegt haben. Die Europäischen Congressmessen waren eine Weiterentwicklung der ONLINE-Seminare, die das Zerschlagungsopfer als Unternehmensberater in den 1970er Jahren entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat. Die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war Zielsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, weil die mit ihnen erbrachten Leistungen von digitalem Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum ein politischer Aufgabenbereich der Bundesregierung sein sollte, die zudem in 1998 eine Branchenumverteilung von der Digital-Branche zur Automobil-Branche eingeleitet und mit 50 Mrd € UMTS-Auktionserlös das 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft hat. .
Ergebnis: Nach 1 Jahr war das Loch im Bundeshaushalt wieder da, heute ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und deutsche Funklöcher sind "anerkannt".

Wahrheit 22: Vollumfängliche Rehabilitierung der Zerschlagungsopfer und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen als ausschließliche Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut

Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:

Verantwortlicher Mittäter von Zerschlagungen 4 und 5 wegen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

Verantwortlicher Mittäter, seit 2010 ohne

Versicherungsleistungen, hat in 2020 längst seine Akzeptanz und seine Reputation als Versicherungsträger verloren, weil er nur noch soziale und psychische Zerschlagung betreibt anstatt soziale Sicherheit zu leisten.

Das Zerschlagungsopfer (Beschwerdeführer) hat die gerichtlichen Hoheitsakte in 2019 mit ausführlich begründeten Verfassungsbeschwerden angegriffen:

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019

Beschwerde wegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung zu sozialer und psychischer Zerschlagung (hier Krankenversicherung)

mit federführender Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft Wuppertal und

mit Opferkriminalisierungsverfahren am Landgericht Wuppertal seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

am Landgericht Wuppertal / Amtsgericht Velbert

> Verfassungsbeschwerde AR 5888/19 vom 28.Aug.2019

wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

am Landgericht Wuppertal / Amtsgericht Velbert

> Verfassungsbeschwerde AR 6582/19 vom 26.Sept. 2019

wegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung einer politisch

motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung zu

sozialer und psychischer Zerschlagung (hier Pflegeversicherung)

mit federführender Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft

Wuppertal und

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf>

am Landessozialgericht NRW / Sozialgericht Düsseldorf seit 2011

In allen Gerichtsverfahren wurden vorschriftsgemäß und

termingerecht Verfassungsbeschwerden eingereicht.

Parallel zu den Gerichtsverfahren wurde unter staatsanwaltlicher

Federführung eine

skrupellose Opferterrorisierung mit hasserfüllter Androhung von

Zwangmaßnahmen, von Haftbefehlen mit Freiheitsberaubung

(psychische Zerschlagung 5) veranstaltet. Die Beweise wurden dem

Bundesverfassungsgericht zur Kenntnis gebracht.

Wahrheit 23: Individual-Grundrechte sind die Basis des Grundgesetzes, denen sich Ausführungen über Bund und Länder, Staatsorgane u.a. anschließen.

Politisch motivierte Sippenzerschlagung einer verfassungswidrigen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit fatalen Folgewirkungen seit über 20 Jahren (seit 1998) sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz. Daher

Verfassungsbeschwerden wegen:

- > Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG
- > Grundrechtsgleiches Recht auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG
- > Europäisches Menschenrecht auf faires Verfahren gemäß Art.6 EMRK mit Grundrecht Art.1 Abs.1 GG iVm mit weiteren Grundrechten

Bundespräsident und Bundeskanzlerin stehen nicht über dem Grundgesetz, sind aber verantwortlich für eine kriminelle Durchsetzung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung im Rahmen einer skandalösen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit fatalen Folgewirkungen seit über 20 Jahren (seit 1998): Dies ist ein **Frontalangriff auf das Grundgesetz**.

Auch für Bundespräsident und Bundeskanzlerin gilt:

"Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren", so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Auch für die Rechtsprechung gilt: **Rechtsanwendungen verlieren ihre Rechtskraft**, wenn Grundrechte, grundrechtsgleiche Rechte und Europäische Menschenrechte nicht respektiert werden

Rechtliches Gehör bedeutet: Das Gericht hat die Pflicht, das Vorbringen des Betroffenen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch unter Respektierung der Grundrechte zu erwägen und zu bewerten.

Zu BVERFG-105. Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Herausragendes Lebenswerk des Verfassers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: **Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)** mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution, herausragend durch professionelle Leistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum und Erschließung der Mittelstandspotentiale

dokumentiert in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden, alle vorzeigbar

> > > <http://www.euro-online.de>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört, die Zerstörung wurde heimtückisch geplant, diese Planung mit regierungsnahen Institutionen abgestimmt und brutal ausgeführt, zur Durchsetzung einer

gigantischen pervertierten Umverteilungspolitik seit 1998, erzwungen mit rechtswidriger Ausführung und politischen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef d. Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

Die gigantische Umverteilungspolitik war Ursache für gigantische Zerschlagungen, mit Hartz IV und Agenda 2010 im Gefolge. Vorausgegangen:

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91** auf Einladung des Gründers und Veranstalters:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Schröder war Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998).

Frank-Walter Steinmeier trat 1991 (offensichtlich aus Anlass der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates. Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident

nicht erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben. Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> > > Das Zerschlagungsoffer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik auf der ONLINE 1980

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/h6.htm#>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf,
Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Tele-
kommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-
Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE
von 1993 bis 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik,
Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der
Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut
für Digital Engineering, Potsdam,
Congressleiter der ONLINE 2000 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FOR-
SCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congress-
leiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik,
Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen
Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH
Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE
von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der
Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche
Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim
Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen
Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing,
Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen
Congressmessen ONLINE 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 10)

**und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren
Sprecher der Europäischen Congressmessen,**
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder
Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500
Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit

Zu BVERFG-106. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg

70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten

Seit 1998: 22 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz

10 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, Opferkriminalisierungswahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal: Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren unter staatsanwaltlicher Federführung gegen das Zerschlagungsoffer .

Von Umverteilung und Zerschlagung

zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . . zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik mit Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod nachhaltig abgesichert

Opferkriminalisierung heißt, das Opfer wird verantwortlich gemacht für **21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungsjustiz unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können.**

Eine skrupellose Justiz verschanzt sich hinter Rechtskraft, Bestandskraft und "Wer-weiß-noch-Kraft", obwohl jede Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten überhaupt keine Kraft hat.

Opferkriminalisierung ist Hauptthema der >

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019

Beschwerde wegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung zu sozialer und psychischer Zerschlagung (hier Krankenversicherung) mit federführender Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft Wuppertal und mit Opferkriminalisierungsverfahren am Landgericht Wuppertal seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Das Zerschlagungsoffer musste in 2019, selbst ohne Unterbrechung an Weihnachten 2019, eine nicht mehr zu beschreibende Opferkriminalisierungswelle unter staatsanwaltschaftlicher Federführung hinnehmen:

Ein Opferkriminalisierungswahnsinn, der nicht einmal in der Weihnachtszeit ausgesetzt wird.

Sieh Wahrheit 17 in Kapitel **BVERFG-103**: Seit 2010 maßlose Pervertierung mit Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung und Opfer-Terrorisierung
Von skrupelloser Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem
diskriminierenden Deckmantel von Erziehungshaft,
mit perversen Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten,
mit psychischer Folter,
mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung trotz/wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, ohne jegliche Subvention, in Deutschland und Europa

Sieh **Anlage VB-09** in Verfassungsbeschwerde AR 5888/19 vom 28.Aug.2019
Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsoffer in 2019 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019
Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** wie mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b. Sieh auch Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 mit Anlage VB-01 / Anlage LGW-2019-18: Diskriminierender Bußgeldbescheid des Amtsgerichtes Mettmann vom 02.04.2019
mit Zusendung durch Staatsanwaltschaft in einer Orgie von diskriminierenden Gerichtsverfahren, die vom diskriminierten Zerschlagungsoffer wegen eingeschränkter Leistungsfähigkeit im vorgerücktem Rentenalter nicht mehr beantwortet werden können
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>
Scroll down after link (page 33)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht mehr respektiert werden, mit 1 Satz inkl. Schreibfehler.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>
Scroll down after link (page 38)

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von
>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg
gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren mit dem Unterschied, dass sich die NS-Justiz auf ein Ermächtigungsgesetz, legal zustande gekommen, abstützen konnte,
während die vergleichbaren Notstandsgesetze heute nur in Notstand-Situationen nach legaler Einsetzung angewendet werden dürfen.
Jede Rechtsanwendung hat keinerlei Rechtskraft,
wenn Grundrechte und Europäische Menschenrechte des Beklagten nicht respektiert werden, hier mit "Füßen getreten" werden.

Opferkriminalisierung in verschiedenen Variationen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer nach Vollstreckung durch Amtsgericht Velbert und anschließende Zulassung einer sofortigen Beschwerde (hier)

> Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann und hasskriminelle Vollstreckung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit 2-fachen Zwangsgeldzuschlägen durch Staatsanwaltschaft und Obergerichtsvollzieherin

nach 09 Jahren Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Straferichten und nur Zerschlagung in Sicht

gegen das Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Klagen hin- und hergeschoben, rum- und abgeschoben und unterdrückt

Hasskriminelle Zwangsjustiz nicht mehr zu überbieten.

Alle Beschwerdeverfahren der 16.Zivilkammer resultieren aus **21 Jahren kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungsjustiz**

unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können,

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von

>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg

gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren und gerade bei ihm und seiner Sippe andauern:

Anlage VB-09 (6 Seiten) liegt auch beim Bundesverfassungsgericht vor, jetzt als **Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019:**

Das Zerschlagungsopfer ist an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann als Täter inzwischen derart diskriminiert und stigmatisiert, dass es überhaupt keine gerechte Justiz in diesem Gerichtsbezirk mehr erwarten kann:

Sieh Anlage VB-105

Schriftsatz vom 30.Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018, in Anlage LG-1801)

mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt

Kapitel 06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

für Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung

am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem: Frontalangriff auf das Grundgesetz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

mit den Anlagen LG-1801, LG-1802, LG-1803a, LG-1803b, LG-1804a, LG-1804b, LG-1805a, LG-1805b

Das Treiben der Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Velbert und am Amtsgericht Mettmann ist längst sowas von verfassungswidrig. Ein Verfassungsverstoß nach dem andern.

Doppelverfolgung wegen einer „Geldbuße“ aus Urteil mit Rechtsbeugung:

Eine „Geldbuße“ aus einem **Urteil mit Rechtsbeugung** (Anlage 1803a) und

> ihre Eintreibung am **Amtsgericht Mettmann (Anlage LG-1804 a** Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft

von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler) und

> ihre Eintreibung am **Amtsgericht Velbert (Anlage LG-1801** Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018: Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung).

Die 16.Zivilkammer will nur noch Rechtsbeschwerden sehen, weil sie offensichtlich keine Verantwortung mehr für die Amtsgerichte übernehmen kann: Sofortige Beschwerden werden daher in Rechtsbeschwerden umgedeutet und rechtliches Gehör zu sofortigen Beschwerden gemäß Beschlüssen der Amtsgerichte versagt. Gerichtsstrategien mit doppelter Eintreibung rechtswidriger Strafen sind nicht mehr nachvollziehbar und können nur zurückgewiesen werden. Es ist auch nicht nachvollziehbar, wieso ein Rechtsbeschwerde dies zulassen kann.

Ständige Versagung von rechtlichem Gehör ist die Ursache dieses Opferkriminalisierungswahnsinns. Widerstand gegen diesen Opferkriminalisierungswahnsinn ist grundrechtsgleiches Recht gemäß Wahrheit 23. Sieh Kapitel **BVERFG-104**. Gegen die verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierten Sippenzerschlagung ist Widerstand grundrechtsgleiches Recht, solange Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz nicht zugelassen werden

Die Verfassungsbeschwerde ist ausführlichst begründet

wegen Verletzung von grundrechtsgleichen Rechten auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

Es ist ein verfassungswidriger, perverser Missbrauch deutscher

Justiz, indem die Opfer einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sippenweise verantwortlich gemacht werden, für Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nur noch taube Ohren finden und statt dessen ein Opferkriminalisierungswahnsinn unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft stattfindet, der nicht einmal zur Weihnachtszeit ausgesetzt wird, damit alle, das Opfer ausgenommen, sich erholen können.

Das Zerschlagungsoffer ist an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann und im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal als Täter inzwischen derart diskriminiert und stigmatisiert, dass es überhaupt keine gerechte Justiz in diesem Gerichtsbezirk mehr erwarten kann

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet. Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt.

Das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal ist nachvollziehbar sehr begrenzt.

Die Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz ist schnellstmöglich rückgängig zu machen. Sieh **Verfassungsbeschwerde AR 5888/19 vom 28.Aug.2019**. Das Zerschlagungsoffer hat sich in jeder Phase gewehrt, ohne seine Zerschlagung verhindern zu können.

Wann wird endlich politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Opfer-Kriminalisierung und kapitalen Schäden überhaupt zur Kenntnis genommen?

Velbert, 06.Jan.2020



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018, mehr als 30 Jahre später, erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlagen dieser Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-101 bis VB-105

Anlage VB-101

Schriftsatz vom 31.Dez.2019 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal mit Begründung für Anrufung des Bundesverfassungsgerichts nach Zurückweisung der Anhörungsrüge mit Beschluss vom 12.Dez.2019 (Anlage VB-102) mit erneuter Verfassungsbeschwerde

10. Einspruch und Anträge gegen den Beschluss vom 27.08.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör nicht nur an der 16.Zivilkammer, sondern am gesamten Landgericht Wuppertal

gemäß Art.103 Abs.1 GG iVm Art.20 Abs.4 GG und Art.1 Abs.1 GG ebenso wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht nach Art.6 EMRK (Menschenrecht auf ein faires Verfahren) wegen **einer langjährigen, Gerichte übergreifenden und entwürdigenden Opferkriminalisierung des Zerschlagungsopfers zum "Täter"**

trotz erdrückender Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 45)

Anlage VB-102

Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender Beschluss 16 T 48/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 12.12.2019 (eingegangen am 18.12.2019 mit förmlicher Zustellung)

Anlage VB-103

Anhörungsrüge vom 15.September 2019 mit Einspruch und Anträgen gegen den Beschluss 16 T 48/18 vom 27.08.2019 (Anlage VB-104) zu sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018

Einspruch mit den grundrechtsgleichen Rechten nach Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG

07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer, als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto, mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen Opferkriminalisierungsverfahren, mit Richterwechsel an der 16.Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend, Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019 wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen. Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 Mit verruchten Methoden der NS-Justiz: Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden **Kein Weiter so!**

Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage VB-104

Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender Beschluss 16 T 48/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 27.08.2019

Anlage VB-105

Schriftsatz vom 30.Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom

15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018, in Anlage LG-1801)

mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt

03. Justiz eines

teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems:

Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung,
für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen
Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung
(Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör
nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter

Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen

Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen

Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung
(Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör
nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches,
Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit

verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für

Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen

Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018)

degeneriert ist
Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von
Staatsgewalt

durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft

„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender

Doppelverfolgung
am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert
zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers
in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und
Diffamierung
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:
Frontalangriff auf das Grundgesetz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>
Scroll down after link (page 8)
mit den Anlagen LG-1801, LG-1802, LG-1803a, LG-1803b, LG-1804a, LG-
1804b, LG-1805a, LG-1805b

Anlage LG-1801

Verfassungswidriger Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom
15.Jan.2018: Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch
verfassungswidrige Doppelverfolgung

Anlage LG-1802

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert mit Widerspruch und
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit den
Anlagen Staatsgewalt-Missbrauch 01 und 02

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am
23.10.2017)

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017 mit
den Anlagen Zerschlagung5-01 und -02.

Anlage Zerschlagung5-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:
Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver,
wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung
und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose
Staatsanwaltschaft

Die detaillierten Ausführungen zu

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von
Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II
1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlage LG-1803 a

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016
zu Geldbuße von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine
Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

Anlage LG-1803 b

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit
dem Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von
rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit
Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage LG-1804 a

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

Anlage LG-1804 b

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage LG-1805 a

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

Anlage LG-1805 b

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

Teuflich: So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)